

# Unsere Welt



Camp America – der Eingang zur Hölle. Das Konzentrationslager von Guantánamo soll im neuen UNO-Menschenrechtsrat zur Sprache kommen.

## Erste Tagung des UNO-Menschenrechtsrates

# Guantánamo schliessen!

Am 19. Juni 2006 begannen in Genf die ersten Sitzungen des neuen UNO-Menschenrechtsrates, der die politisch oft missbrauchte Menschenrechtskommission ersetzt hat. Mitglied des Rates wurde nach glanzvoller Wahl auch Kuba, dessen Aussenminister Felipe Perez Roque am 20. Juni vor dem Ratsplenium sprach und sich danach u.a. mit der UW traf.

Von Martin Schwander

Der 41jährige ehemalige Elektroingenieur, der bereits seit sieben Jahren als Kubas Chefdiplomat wirkt, unterstrich vor der internationalen Presse in Genf zunächst die Bedeutung der Wahl seines Landes in den neuen Rat. Über zwei Drittel sämtlicher UNO-Mitgliedsländer hätten für Cuba gestimmt, trotz der üblichen Druck- und Erpressungsversuche der USA, die eine Wahl Cubas mit allen Mitteln zu verhindern suchten. «Die USA selbst haben sich nicht zur Wahl gestellt», meinte Perez Roque mit leisem Lächeln. «Da die Abstimmung geheim erfolgte, fürchteten sie eine eklatante Niederlage.»

Mit dem Rat selbst werde Kuba loyal zusammenarbeiten, soweit dort die Debatte entpolitisiert und nicht mit doppelten Ellen gemessen werde. Die Rede, die er selbst vor dem Plenum gehalten hat (siehe umstehende Seite) verstehe er nicht als Politisierung: «Die Wahrheit zu sagen ist unsere Pflicht, das hat mit Politisieren nichts zu tun. Für uns heisst Politisieren, wenn das Thema der Menschenrechte für politische Zwecke missbraucht wird, wenn der Rat umgewandelt werden soll in ein Instrument, um auf Länder, die sich der herrschenden Weltordnung nicht beugen wollen, Druck auszuüben.» Die Stimme zu er-

heben z.B. gegen das, was im Konzentrationslager von Guantánamo passiert, gegen die geheimen CIA-Flüge und -Gefängnisse, gegen die illegale Besetzung fremder Länder, das hingegen habe nichts mit Verpolitisierung der Menschenrechtsdebatte zu tun.

### Schule statt KZ

«Die USA müssen ihr KZ auf Guantánamo unverzüglich schliessen», unterstrich Perez Roque. Das sei jedoch nicht genug, die USA müssten Guantánamo seinem Land zurückgeben. «Seit über 100 Jahren halten die USA 117km<sup>2</sup> bester Erde gegen unseren Willen besetzt. Wir wollen keine US-Basis auf unserem Territorium.» Die Basis sei Kuba zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgezwungen worden, mit einem unmoralischen Vertrag, der nur aufgelöst werden könne, wenn sich beide Seiten einverstanden erklärten. «Die USA schicken uns jedes Jahr 4000 Dollar Miete», meint Perez Roque unter dem Gelächter der Journalisten. «Wir legen die Dollarscheine jeweils in eine Schublade und werden sie einst in einem Museum im befreiten Guantánamo ausstellen.» Kuba beabsichtige, dort, wo jetzt die Gefängnisbaracken stünden, einst eine Schule für Kinder aus der Dritten Welt einzurichten, so wie nach der Revolution auf Kuba Polizeikasernen in Schulen umgewandelt worden seien.

Perez Roque bekräftigte den Willen Kubas, Guantánamo vor den Menschenrechtsrat zu bringen. «Dass es die frühere Menschenrechtskommission 2005 mit Unterstützung der EU-Länder ablehnte, die Situation auf Guantánamo auch nur zu diskutieren, bedeutete damals den Todesstoss für die ohnehin diskreditierte Kommission», unterstrich der Minister und gab der Hoffnung Ausdruck, dass nun sowohl Guantánamo wie auch die Geheimflüge und Geheimgefängnisse der USA auf die Traktandenliste des Rates gesetzt würden.

### «Moralischer Zwerg...»

Kuba sei offen für neue Instrumente der Menschenrechtskontrolle in seinem Land, sofern sie nicht von selektiven Mechanismen abhängig gemacht würden. «Kuba war das erste Land Lateinamerikas, das 1994 den UNO-Hochkommissar für Menschenrechte zu einem Besuch eingeladen hat. Er konnte das Land frei bereisen und hat seine Schlussfolgerungen präsentiert. In den USA war er noch nie!» Seither seien immer wieder Berichterstatter des Hochkommissariates auf Kuba gewesen, ebenso eine Delegation von Nichtregierungsorganisationen (NGO's) zu den Menschenrechten unter Leitung von Danielle Mitterand. «Mit Organisationen, die das Thema Menschenrechte nicht selektiv betrachten und es als Waffe gegen Kuba manipulieren, haben wir immer zusammengearbeitet», unterstrich Perez Roque vor der Presse. Nur als Touristin willkommen hingegen sei zur

Fortsetzung Seite 2

## Aus dem Inhalt

Rede von Felipe Perez Roque	2
Vietnam: Der Tiger Südostasiens	3
DDR: Spionageziel Schweiz?	4
Uruguay: Konflikte um Papierfabriken	5
Von der Herkunft der Picasso-Taube	6
Uri Avnery über geniale Friedenspläne in Israel	7
Venezuela: Petro-Dollars im Einsatz für die Armen	8

## Frauenkonferenz in Lund vom 20./21. Mai 2006

# Kernwaffen stoppen

Veranstaltet vom Svenska kvinnors vänsterförbund SKV, dem linken Schwedischen Frauenbund und Mitglied der IDFF (Internationale Demokratische Frauenföderation), fand am 20./21. Mai 2006 in Lund unter dem Titel «Für eine kernwaffenfreie Welt» eine Konferenz über atomare Bedrohung und Abrüstung statt. Anna-Lise Nicolodi von der Schweizerischen Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt (SFFF) nahm daran teil.

Von Anna-Lise Nicolodi

Die Teilnehmerinnen wurden in einem Hotel untergebracht, dort fand auch der erste Teil der Konferenz statt. Am ersten Tag stellten wir uns und unsere Organisationen kurz vor. Die Mehrheit kam aus Schweden, die restlichen Teilnehmerinnen kamen aus Island, Luxemburg, Österreich, England und der Schweiz. Die Delegierten aus Deutschland und Serbien mussten kurzfristig absagen. Die wenigen Männer, die teilnahmen, waren in verschiedenen Gebieten der Friedensarbeit engagiert.

Die Konferenz wurde von Aase Bang (SKV) eröffnet. Sie berichtete vom Anfang der Friedensbewegung in Schweden, welche 1914 begann. Zwei Ärztinnen fanden damals, man/frau müsste etwas gegen die Kriegsmortalität unternehmen und starteten zunächst eine Kampagne für das Frauenstimmrecht.

Mehr als 30 Jahre war jedoch Frieden das Hauptthema der Bewegung. Als im Jahre 1946 an einer Frauenkonferenz in Paris die IDFF gegründet wurde, schlossen sich ihr die

Schwedinnen an. Mehr denn je sei es wichtig geworden, unterstrich Aase Bang, in Europa und weltweit gemeinsam für den Frieden und gegen Kernwaffen-Aufrüstung aktiv zu werden.

Erster Redner der Konferenz war Gunnar Westberg, Präsident der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges). Er stellte die Frage: Warum gibt es immer noch Atomwaffen? Angesichts der US-amerikanischen Politik, Atomwaffen für den Weltraum zu entwickeln, geht es hier wohl mehr um Herrschaft denn Abschreckung.

Gegenwärtig existieren 15'000 Atomsprengköpfe mit einer Zerstörungskraft von 3000 Megatonnen. Trident-U-Boote tragen je 24 Wurfgeschosse (missiles) mit 6 Sprengköpfen, zusammen mehr als 60 Megatonnen.

Demokratie, die den Willen von Menschen vertreten würde, ist ineffizient gegen eine US-Macht, die sich aus demokratischen Beschlüssen nur jene aussucht, die ihr selbst passen und die andern unterminiert.

Fortsetzung auf Seite 5

## USA überfällt Ghana

Es war zu erwarten. Nach dem Zusammenzug der aus Söldnern bestehenden Offensivkräfte, welche sich mit taktischen Angriffsmanövern auf die Schlacht vorbereiteten, kam es am 22. Juni zur aggressiven Konfrontation der Erzrivalen. Die Welt hielt den Atem an. Über Radio, TV und Internet verfolgten Millionen Menschen die Kämpfe auf dem Schlachtfeld. Wie üblich liess die USA zuvor keine Demonstration der Stärke aus. US-Medien verkündeten frühzeitig einen Blitzsieg: «Wir werden Ghana mit einem einzigen Sturmangriff überrollen.»

Empörend die Rolle der Schweiz. Anstelle von diplomatischen Angeboten und der Entsendung von Rotkreuz-Mitarbeitern wurde eine eigene Truppe bereitgestellt, mit der Aufgabe (im Ausland!) offensiv für die Interessen der Schweizer Nation zu kämpfen.

In Ghana hingegen wurde eine Todestruppe rekrutiert. Ihrer Schwäche bewusst, bereiteten sie zur Verteidigung ihres Territoriums eine defensive Strategie vor. Geübt wurde mit einfacher Technik: Sperrfeuer, Flachschüsse und Bomben aus dem Hinterhalt.

Um 16.33 Uhr eskalierte die Lage. Trotz des ersten Volltreffers der Ghanesen glaubte sich die US-Truppe gemäss Schlachtplan genau in der Marschtabelle. Jetzt setzten sie einen Scharfschützen ein. Ziel aufnehmen, abdrücken, Schuss – eine Granate! –, zum Glück daneben. Keine Toten, nicht mal Verletzte und am Schluss steht es im Fussballspiel Ghana-USA 2:0 für Ghana.

Alle oben verwendeten Kriegsbegriffe haben wir den Sportseiten der Tagespresse entnommen. UNSERE WELT steht ein für eine andere Sprache. Bitte unterstützen Sie unsere Anstrengungen für einen gerechten Frieden in der Welt mit Ihrer Spende: Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7, Vermerk UW.

Besten Dank  
Ruedi Moser, SFB-Sekretär



Felipe Perez Roque am 20. Juni 2006 im Gespräch mit der Presse. Foto UW

Fortsetzung von Seite 1

Zeit die Sonderberichterstatterin des UNO-Hochkommissariates für Kuba, Christine Chanet. Das Mandat von Frau Chanet basiere auf einer antikubanischen Resolution, die von den USA eingebracht und nur unter enormem Druck durchgesetzt worden sei. «Frau Chanet müsste als Sonderberichterstatterin für Guantánamo eingesetzt werden. Das ist der einzige Ort auf Kuba, wo systematisch und massiv Menschenrechte verletzt und missachtet werden.» Falls es dem neuen Rat jedoch gelinge, das Thema Menschenrechte der politischen Manipulation zu entziehen, so sei Kuba für neue Schritte absolut offen.

Wie sich die Arbeit im Rat ohne US-Präsenz auswirke, wurde Perez Roque gefragt. «Wir sind deswegen nicht traumatisiert», meinte er lachend. «Das Jahr ohne die USA wird ein friedliches Jahr.» Die Vereinigten Staaten hätten sich nicht zur Wahl gestellt, weil ihnen die Legitimität fehle. «Die USA sind ein militärischer Riese, aber ein moralischer Zwerg!»

#### Unerklärbarer Hass

«Ich bin kein Psychiater», meinte der junge Aussenminister auf die Frage, wie er sich erkläre, dass die USA mit China und sogar mit dem früheren Kriegsgegner Vietnam handeln, gegen Kuba hingegen eine jahrzehntelange Blockade aufrecht erhalten würden. «Als die USA zum ersten Mal von der Achse des Bösen sprachen und bei der Aufzählung der entsprechenden Länder Kuba fehlte, wurde der Sprecher des State Departements gefragt, warum er Kuba nicht genannt habe. Er antwortete, weil für die USA Kuba gar noch weiter als die Achse des Bösen stünde...!» Aus rationalen politischen Gründen sei diese Haltung der USA tatsächlich nicht erklärbar. Kuba stelle für die USA keine Gefahr dar und wolle einfach in Frieden leben. «Wir haben den USA Zusammenarbeit angeboten im Kampf gegen die Drogen, im Kampf gegen die illegale Einwanderung, im Kampf gegen den Terrorismus, wir haben ihnen nach dem Wirbelsturm Katrina medizinische Hilfe schicken wollen.» Alle diese Angebote seien stets zurückgewiesen, meist gar nicht beantwortet worden. «Dafür haben die USA die Wirtschafts-Blockade gegen unser Land noch einmal bis zum Irrsinn verstärkt. Jetzt macht sich als US-Bürger gar mit einem Bundesdelikt strafbar, wer in einem Drittland ein kubanisches Produkt konsumiert, sich also zum Beispiel einen Havana Club-Rum genehmigt...» Die USA hätten

den kubanischen Geist der Unabhängigkeit nie besiegen können, und das frustriere sie. Wobei Perez Roque wie in seiner Rede vor dem Menschenrechtsrat ganz klar unterstrich, dass Kuba sehr wohl zu unterscheiden wisse zwischen den jeweiligen US-Regierungen und dem Volk der USA.

#### Das Wenige teilen

Natürlich musste sich Perez Roque auch äussern zur möglichen Entwicklung Kubas nach dem Ableben Fidel Castros. «Die Revolution wird sich weiter entwickeln und das Volk wird die Leistungen der Revolution verteidigen», meinte Perez Roque lapidar. «Es wäre eine traurige Annahme, das Leben und der Kampf eines Menschen würde mit dessen Tod einfach verschwinden. Das Beispiel von Fidel wird von einem sehr politischen Volk weiter getragen werden.» Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, die Teilhabe von Allen an der gesellschaftlichen Entwicklung seien Pfeiler, die fortwirken würden. «Ebenso wie die Solidarität mit den Völkern dieser Welt», hob Perez Roque hervor. «So studieren an unsern Universitäten gegenwärtig 25'000 Jugendliche aus 120 Ländern, 19'000 davon Medizin, allesamt unentgeltlich. Zehntausende von kubanischen Ärzten und Pflegenden sind in über 70 Ländern tätig, 1'500 allein in Pakistan, 100 in Indonesien, nach den dortigen Katastrophen.» Und er unterstrich: «Das kubanische Volk ist ein armes Volk und es hat nichts zuviel, das es einfach geben kann. Aber wir teilen, was wir haben.»



«Guantánamo ist der einzige Ort auf Kuba, wo Menschenrechte massiv und systematisch verletzt werden.»

## Rede des kubanischen Aussenministers vor dem Menschenrechtsrat

# Ethik und Unabhängigkeit

Von Felipe Perez Roque

Heute ist ein besonders symbolischer Tag. Kuba ist Gründungsmitglied des Rats für Menschenrechte und die USA nicht. Kuba wurde mit der überwältigenden Unterstützung von 135 Ländern gewählt, mehr als zwei Drittel der Vollversammlung der Vereinten Nationen, während die USA nicht einmal wagten, sich als Kandidat zu präsentieren. Kuba vertraute aus den gleichen Gründen in die geheime Abstimmung, aus denen die Vereinigten Staaten sie fürchteten.

Die Wahl Kubas ist der Sieg der Prinzipien und der Wahrheit, ist eine Anerkennung des Wertes unseres Widerstandes. Die Abwesenheit der Vereinigten Staaten ist die Niederlage der Lüge, ist die moralische Bestrafung für die Arroganz eines Imperiums.

Die Wahl setzte eine anspruchsvolle Bewertung voraus. Jeder erhielt das, was er verdiente. Kuba wurde belohnt und die USA wurden bestraft. Jeder hatte seine Geschichte und die Länder, die abstimmten, kannten sie gut.

Die afrikanischen Länder erinnern sich, dass mehr als zweitausend kubanische Kämpfer ihr edelmütiges Blut im Kampf gegen das schmachvolle Apartheidregime vergossen hatten, welches die Vereinigten Staaten unterstützten und ausrüsteten, sogar mit Kernwaffen.

Kuba erschien zu der Wahl mit fast 30'000 kubanischen Ärzten, die in 70 Ländern Leben retten und Schmerz lindern, während die Vereinigten Staaten mit 150'000 Invasions-Soldaten antraten, entsendet um in einem ungerechten und illegalen Krieg zu töten und zu sterben.

Kuba trat mit mehr als 300'000 Patienten in 26 Ländern Lateinamerikas und der Karibik an, die dank der von kubanischen Augenärzten kostenlos durchgeführten chirurgischen Eingriffe die Sehfähigkeit wiedererlangten. Die Vereinigten Staaten erschienen mit mehr als 100'000 ermordeten Zivilisten und 2'500 toten jungen Nordamerikanern, getötet in einem Krieg, der ausgeheckt wurde, um das Erdöl eines Landes zu rauben und einer Gruppe von Kumpeln des Präsidenten der einzigen Supermacht des Planeten saftige Verträge zuzuschmecken.

Kuba erschien zu der Wahl mit mehr als 25 000 Jugendlichen aus 120 Ländern der Dritten Welt, die kostenlos an seinen Universitäten studieren. Die Vereinigten Staaten erschienen mit einem Konzentrationslager in Guantánamo, wo die Gefangenen gefoltert werden wo der Selbstmord von drei Menschen gemäss den Gefängniswärtern «keine Verzweigungstat ist, sondern eine Kriegshandlung und ein Propagandaakt».

Kuba erschien zu der Wahl während seine Flugzeuge kubanische Ärzte und Feldkrankenhäuser an Orte transportierte, wo Naturkatastrophen und Epidemien auftraten. Die Vereinigten Staaten erschienen während ihre Flugzeuge heimlich unter Drogen stehende und an den Händen gefesselte Gefangene von einem Gefängnis ins andere transportierten.

Kuba erschien zu der Wahl, die Gültigkeit des Rechts über die Gewalt proklamierend, die Charta der Vereinten Nationen verteidigend, eine bessere Welt fordernd und für sie kämpfend. Die Vereinigten Staaten erschienen proklamierend, «wenn sie nicht auf unserer Seite sind, sind sie gegen uns».

Kuba erschien zu der Wahl, indem es vorschlug, die Billion Dollar, die jährlich für Waffen ausgegeben wird, dem Kampf gegen den Tod von 11 Millionen Kindern unter 5 Jahren zu widmen, die an vorbeugbaren Ur-

chen sterben, und dem Kampf gegen den Tod von 600 000 armen Frauen, die jährlich während der Geburt sterben. Währenddessen erschienen die Vereinigten Staaten und proklamieren das Recht, zu bombardieren und «präventiv» alles dem Erdboden gleichzumachen, was sie mit Verachtung «jeglichen dunklen Winkel der Welt» nannten, wenn es nicht ihren Vorhaben entsprach. Das schloss die Stadt La Haye ein, wo beabsichtigt wurde, einen nordamerikanischen Soldaten vor dem Internationalen Gerichtshof zu verurteilen.

Während Kuba die Rechte des palästinensischen Volks verteidigte, waren die Vereinigten Staaten die Hauptstütze der Verbrechen und Gräueltaten Israels.

Während die Regierung der Vereinigten Staaten unter der Geissel des Hurrikans Katrina hunderttausende Menschen ihrem Schicksal überlies, in der Mehrheit Schwarze und Arme, bot Kuba die sofortige Entsendung von 1 100 Ärzten an, sie hätten Leben retten und das Leiden mildern können.

So könnte ich bis morgen Gründe aufzählen. Ich möchte nur hinzufügen, dass derjenige, der heute keinen Sitz als Ratsmitglied hat, die Regierung der Vereinigten Staaten ist, nicht ihr Volk. Das nordamerikanische Volk wird durch die anderen vertreten sein, einschliesslich durch die Mitgliedschaft Kubas. Unsere Delegation wird auch Sprecher der Rechte des nordamerikanischen Volks sein, und speziell seiner am meisten diskriminierten und ausgeschlossenen Schichten. (...)

Auf den Gängen und in den Sälen dieses Gebäudes hört man jetzt wiederholte Aufrufe zu «einem neuen Anfang» und man solle «dem neuen Rat Frischluft verleihen», und zwar seitens derjenigen, die für die Manipulation, die Heuchelei und die Selektivität, die die Kommission scheitern liessen, verantwortlich sind. (...)

Diese Sitzung kann den Beginn einer neuen Etappe im Kampf zur Schaffung eines echten Systems zur Förderung und zum Schutz aller Menschenrechte und für alle Bewohner des Planeten aufzeigen, und nicht nur für die Reichen und Privilegierten. Hierzu ist eine radikale Veränderung notwendig, eine wirkliche Revolution in den Anschauungen und Methoden, welche die gestürzte Kommission belasteten.

Kuba pflegt keine Illusionen über die wirkliche Bereitschaft der entwickelten Länder, die Verbündete der Vereinigten Staaten sind, diesen transzendentalen und historischen Schritt zu tun. Aber es gewährt im Zweifelsfall eine günstige Auslegung. Kuba wird abwarten und beobachten. (...)

Um für Wahrheit und Transparenz zu kämpfen, um das Recht auf Unabhängigkeit, auf freie Selbstbestimmung, auf soziale Gerechtigkeit und auf Gleichheit zu verteidigen, ja, da kann man mit Kuba rechnen. Ebenso, um das Recht auf Ernährung, auf Bildung, auf Gesundheit, auf Würde, das Recht auf ein anständiges Leben zu verteidigen.

Um die reale Demokratie zu verteidigen, die wirkliche Teilnahme, den wirklichen Genuss aller Menschenrechte, ja, da kann man auf Kuba zählen. (...)

Man kann nicht damit rechnen, dass Kuba auch nur auf ein einziges Prinzip verzichtet. Aber um das edle Ideal des Aufbaus einer besseren Welt für Alle zu verteidigen, kann man immer auf Kuba zählen. (...)

Für jene, die den Kampf Kubas um seine Rechte unterstützen, welcher auch der Kampf um die Rechte aller Völker der Dritten Welt und der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der Ersten Welt ist, haben wir folgende Botschaft: Immer vorwärts bis zum Sieg!

Für jene, die Kuba angreifen und ihre Komplizen haben wir eine andere Botschaft: Vaterland oder Tod!

*(Leicht gekürzt. Eine ungekürzte deutsche Übersetzung der Rede von Perez Roque finden Sie im Internet unter [www3.itu.int/MISSIONS/Cuba/DiscFelipe20junio06.aleman.htm](http://www3.itu.int/MISSIONS/Cuba/DiscFelipe20junio06.aleman.htm))*



Freiheit für die Fünf (kubanisches Plakat): «Kuba fordert die Rückkehr in die Heimat der fünf makellosen und mutigen jungen kubanischen Antiterrorkämpfer, die ungerechterweise und illegal in US-Gefängnissen festgehalten werden», sagte Felipe Perez Roque vor dem Menschenrechtsrat und thematisierte damit das Schicksal der fünf angeblichen kubanischen Spione, die seit Jahren unter unwürdigsten Bedingungen nach einem Scheinprozess in US-Kerkern einsitzen (siehe UW 3/05).

### SFB-SEKRETARIAT-SFB-SEKRETARIAT-SFB

#### Öffnungszeiten:

jeden Dienstag + Donnerstag 14.00 – 18.00  
Telefon 061 681 03 63

#### Sommerferien

Während des Sommers ist das Sekretariat unregelmässig besetzt.  
Bitte rufen Sie vor einem Besuch zuerst an.

#### Picassokarten

Bitte vergessen Sie bei einer Bestellung Ihren Absender nicht und verwenden Sie nur die aktuelle Bestellkarte (Falls Sie gerade keine zur Hand haben: Telefon genügt.)

#### Weltfriedenstag

Am 21. Sept. ist UNO-Weltfriedenstag, für Aktionen am Tag und deren Vorbereitung, sind wir froh um jede(n) Helfer(in) und Helfer.

Riehentorstrasse 27/29, 4058 Basel

### SFB-SEKRETARIAT-SFB-SEKRETARIAT-SFB



Vietnamesische Marktszene. Trotz Armut sind die Vietnamesen zufrieden stellend mit Grundnahrungsmitteln versorgt.

Vietnam mit jährlichen Wachstumsraten bis zu über acht Prozent

## Der Tiger Südostasiens

Die geradezu sensationellen wirtschaftlichen Zuwachsraten Vietnams erregen weit über die Grenzen des Landes hinaus Aufmerksamkeit.

Von Gerhard Feldbauer

Mit seit 2001 jährlich 7,5 und im Jahr 2005 sogar 8,4 Prozent weist Vietnam in Südostasien mit grossem Abstand tatsächlich die höchste Steigerung auf. Die öffentlichen Investitionen betragen jährlich durchschnittlich 25 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Wert der Industrieproduktion wies Zuwachsraten von über 20 % auf, das Bruttoinlandsprodukt stieg um etwa acht Prozent. Wie der für eine zweite Amtszeit wiedergewählte KP-Generalsekretär Nông Duc Manh am 10. Kongress der Kommunistischen Partei Vietnams im vergangenen April in Hanoi ausführte, trug das hohe Wachstumstempo zu einer deutlichen Steigerung des Lebensniveaus aller Schichten der Bevölkerung bei. Während in der Dritten Welt Millionen Menschen Hunger leiden, sind die Vietnamesen zufrieden stellend mit Grundnahrungsmitteln versorgt. 2003 wurden 35,6 Millionen Tonnen Reis geerntet. Das Analphabetentum, das in Nordvietnam nach der Befreiung vom Kolonialjoch bereits überwunden war, ist nun im ganzen Land so gut wie beseitigt.

### Schweres Kriegserbe

Bei einer Wertung ist das 1975 hinterlassene schwere Erbe der USA-Herrschaft in Südvietnam einbezogen: Eine Million Tote, 500'000 Kriegsversehrte, 800'000 Waisenkinder, über zehn Millionen durch Bomben und Gewalt aus ihren Dörfern vertriebene Bauern, drei Millionen Arbeitslose, 500'000 Prostituierte, ebenso viele Drogenabhängige, 25'000 Bettler, 300'000 Geschlechtskranke, eine Million Tbc- und 10'000 Leprakranke, eine Million Opfer der chemischen US-Waffen (Agent Orange), vier Millionen Analphabeten, 400'000 Soldaten der Saigoner Armee, die kapituliert hatten, 120'000 Polizisten, Zehntausende Beamte, Politiker und Angehörige reaktionärer Organisationen, Unternehmer, Kaufleute und Wucherer, die sich an der Unterdrückung des Volkes beteiligt und bereichert hatten. Noch bis heute leidet Vietnam unter dieser ungeheuren Hinterlassenschaft. Eine enorme Belastung stellen die gesundheitlichen Pro-

bleme dar. Eine Gruppe der deutschen Freundschaftsgesellschaft mit Vietnam berichtete 2002, dass sie «überall mit den Folgen des Krieges konfrontiert» wurde, es keinen Ort gab, an dem man nicht verkrüppelte oder entstellte Menschen zu Gesicht bekam. «Wir haben Kinder gesehen, die keine Arme hatten oder deren Beine verküppelt waren. Oder Kinder, die noch jetzt in der 3. Generation mit Hasenschichten und Hör- oder Sehstörungen geboren werden.»<sup>1</sup>

1975 verhängte Washington sofort einen totalen Wirtschaftsboykott über Vietnam und versuchte im Süden, gestützt auf die einheimische Reaktion und das Heer seiner dort verbliebenen zirka 200'000 Agenten, jeden möglichen Widerstand gegen die Volksmacht zu organisieren. In einer vom Westen angeheizten Kampagne verliessen 400'000 Vietnamesen als sogenannte «boat people» das Land. In der Mehrzahl waren das Wirtschaftsflüchtlinge, und nur bei einem kleinen Teil gab es politische Motive. Dass sich darunter aktiv an den verschiedensten regierungsfeindlichen Machenschaften Beteiligte befanden, bedarf keiner besonderen Erwähnung.<sup>2</sup>

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Europas versuchten die USA, auch in Vietnam einen ähnlichen Prozess in Gang zu setzen. Während in den früheren «kommunistischen und Arbeiterparteien» des Ostblocks eine von den Führungen ausgehende Mehrheit einen sozialdemokratischen Weg einschlug und die kapitalistische Restauration hinnahm, was mit einem Mitgliederverlust von 80 Prozent und auch mehr einherging, hielt die KP Vietnams am Sozialismus fest. Auf dem 10. Parteitag zählte sie 3,1 Millionen Mitglieder, von denen etwa 700'000 seit dem 9. Parteitag 2001 aufgenommen wurden, vor allem aus den Reihen des Jugendverbandes Ho Chi Minh.

Wie in der militärischen Auseinandersetzung scheiterten die USA auch beim Versuch, Vietnam mit politischem und wirtschaftlichem Boykott in die Knie zu zwingen. Das wachsende internationale Ansehen Vietnams, besonders in Asien, veranlasste Washington 1995 diplomatische Bezie-

hungen, die Hanoi bereits seit Jahren vorgeschlagen hatte, aufzunehmen. 1999 wurde, ohne dass Vietnam von den USA geforderte «Vorleistungen» erbrachte, ein Handelsabkommen unterzeichnet.

Was sind die Grundlagen des sozialistischen Wirtschaftswunders? Hier sind an erster Stelle der sprichwörtliche Fleiss des vietnamesischen Volkes zu nennen, sein Einfallsreichtum, seine Intelligenz, seine Schaffenskraft. Die KPV wusste auch die privatkapitalistischen Ressourcen für ihren Kurs des Doi Moi (Erneuerung) zu nutzen. Doi Moi wurde übrigens nicht, wie irrtümlicherweise weit verbreitet, als «Rettungsanker» nach der sozialistischen Niederlage in Europa 1989/90 ergriffen, sondern bereits 1986 eingeschlagen. Dieser Weg wird, wie der Kongress ausdrücklich beschloss, beibehalten.

### Für ein blühendes Vietnam

Die Rolle der KPV als führender Kraft der Gesellschaft wurde vom Parteitag ausdrücklich bestätigt, ja sogar vertieft. Ziel der Partei ist der Aufbau «eines unabhängigen, demokratischen, blühenden und starken Vietnams mit einer gerechten und modernen Gesellschaft, in welcher die Ausbeutung des Menschen abgeschafft ist.» Als Endziel verbleiben Sozialismus und Kommunismus, als Basis der Partei der Marxismus-Leninismus und die Ideen Ho Chi Minhs.

Mit der hervorgehobenen Rolle der Partei wurde dem im Vorfeld des Parteitages vor allem von Kreisen des Auslandskapitals wieder ausgeübten Druck nach Aufgabe ihres «Führungsmonopols» oder auch nur einer «Lockerung» ihrer Funktion und damit der des Staates klar zurückgewiesen. Auch die Einflüsterungen westlicher Wirtschaftsexperten, dem privatkapitalistischen Sektor in der Ökonomie eine oder die entscheidende Funktion zu übertragen, fanden kein Gehör. Grundlage seiner Entwicklung bleibt das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. Wirtschaftliche Reformen sollen nicht einer Öffnung gegenüber dem kapitalistischen System dienen, sondern der sozialistischen Zukunft.

Schwierigkeiten werden nicht verheimlicht. So eine Arbeitslosenrate von sechs Prozent. Wenn, wie der neue Fünfjahrplan vorsieht, das bishe-

rige hohe Wachstum von 7,5 bis acht Prozent beibehalten wird, dann ist es durchaus vorstellbar, dass bis zum nächsten Parteitag 2011 Arbeitslosigkeit und noch vorhandene Armut beseitigt sowie eine weitere Hebung des Lebensniveaus erreicht werden können.

Noch in diesem Jahr will Vietnam der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten. Der Schritt war wegen der unumgänglichen Zugeständnisse und daraus resultierender Risiken für die Unabhängigkeit lange umstritten. Nachdem Vietnam mit dem Untergang der UdSSR seinen stärksten Wirtschaftspartner und überhaupt die meisten seiner internationalen Bindungen verlor, sah die Führung keine andere Perspektive. Sie geht davon aus, die entstehenden Probleme unter Kontrolle halten zu können. Ausserdem wird versucht, die Zusammenarbeit mit der WTO, wie auch mit dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank durch die aktive Mitarbeit zum Beispiel in regionalen Organisationen wie der ASEAN (die objektiv eine Lockerung ihrer Abhängigkeit suchen) als auch durch bilaterale Zusammenarbeit, z. B. mit Russland, zu flankieren.

### Hohe Zuwachsraten bleiben Ziel

Vor allem aber setzt die SRV auf ihr weiteres hohes Wirtschaftswachstum, das entsprechend den Zielen des Fünfjahrplanes die Ökonomie modernisieren und strukturell festigen soll. Dazu gehören der Maschinen- und Anlagenbau, der Ausbau der Infrastruktur, darunter des einstigen legendären Ho Chi Minh-Pfades zu einem modernen Strassennetz, und für Ho Chi Minh-Stadt eine U-Bahn; neue Wasser- und Gaskraftwerke, die Erweiterung der Erdölförderung und – Verarbeitung (derzeit etwa 20 Millionen Tonnen pro Jahr).

Zur Sprache kam auf dem Parteitag auch der Kampf gegen Korruption und Bestechung. Mehrere Tausend Parteimitglieder machten sich derartiger Vergehen schuldig. Nicht zufällig wurde vor dem Parteitag publik gemacht, dass gegen den Direktor eines Staatsunternehmens im Verkehrswesen und mehrere leitende Mitarbeiter wegen Unterschlagung von Investitionsgeldern, die insgesamt Millionenhöhe erreicht haben sollen, ermittelt wird. Der Verkehrsminister trat zurück, sein Stellvertreter wurde verhaftet. Nông Duc Manh verurteilte die Vergehen in ungewöhnlich scharfen Worten als «moralische Verkommenheit eines Teils der Kader und Mitglieder der Partei», gegen die künftig «entschieden vorgegangen» werde. Gleichzeitig soll zwischen Mitgliedern und Funktionären, die sich bereichern, und einfachen Armen, die der Versuchung erliegen, unterschieden werden.

Offensichtlich will die Partei das Problem auch dadurch in den Griff bekommen, dass mehr ihrer Mitglieder im Privatsektor tätig werden. Bisher galt es als anrüchig, dass Parteimitglieder, vor allem wenn sie Funktionen begleiteten, hier aktiv, sozusagen Kapitalisten wurden. Der Parteitag hat nun nicht nur die erfolgreiche Arbeit von Genossen auf diesem Gebiet hervorgehoben, sondern generell, auch im Statut, festgelegt, dass diesen Aktivitäten jedes Parteimitglied nachgehen kann. Neben der Einhaltung der dazu erlassenen Gesetze, haben sie auch nach den Grundsätzen der Partei (die noch fixiert werden sollen) zu handeln.

### Anmerkungen

1 Bericht von Ingrid Bader, Anne Beer, Dr. med. Dieter Herzog, in *Vietnam-Kurier*, Düsseldorf 2/2001, S.81.

2 Ausführlich dazu Irene u. Gerhard Feldbauer: *Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam*, Pahl Rugenstein-Verlag, Bonn, 2. Auflage, bes. S. 209 ff.

## In Kürze

### Unterernährtes Somalia

Die Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières/Ärzte Ohne Grenzen MSF hat in der südsomalischen Stadt Dinsor eine markante Zunahme an Patienten mit gravierender Unterernährung festgestellt. Trotz jüngsten Regenfällen, die eine aussichtsreiche Ernte im Juli versprechen und den Zugang der Bevölkerung und des Viehs zu Wasser erleichtern, leiden immer mehr Kinder unter Nahrungsmangel. Im Rahmen des therapeutischen Ernährungsprogramms von MSF sind seit Jahresbeginn über 600 Patienten behandelt worden. Das sind zehnmal mehr als im Vorjahr.

Das Gesundheitszentrum in Dinsor, das von MSF geleitet wird, ist die einzige umfassende Gesundheitseinrichtung innerhalb der «Bay region», wo fast 650'000 Menschen nur unter grossen Anstrengungen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Viele Patienten müssen lange Distanzen in schlechten Verkehrsmitteln zurücklegen und dabei mehrere militärische Checkpoints passieren.

Die Patientenzahlen des MSF-Programms haben sich innerhalb der ersten beiden Juni-Wochen mehr als verdoppelt; 73 und 87 Kinder wurden in dieser Zeit aufgenommen. Kinder unter fünf Jahren leiden am schlimmsten unter der Ernährungskrise und sind Opfer von Durchfall und Atemweg-Infektionen. Über 330 Kinder werden momentan im therapeutischen Ernährungsprogramm von MSF behandelt. Dieses Programm umfasst sowohl ambulante Behandlungen innerhalb des Distrikts sowie die Aktivitäten im therapeutischen Ernährungszentrum in Dinsor.

«Die fortwährende Verschlechterung des Gesundheitszustands der Somalier ist sehr beängstigend, und das angespannte politische Klima verschlimmert die Lage zusätzlich. Als Folge von jahrelanger Dürre ist der südliche Landesteil mit einer ernsthaften Wasser- und Nahrungsmittelknappheit konfrontiert.» Dies sagt Bruno Jochum, Programmleiter für Somalia bei MSF Schweiz in Genf.

Abgesehen von den momentanen Auswirkungen der Dürre muss ein grosser Teil Somalias ohne eine funktionierende Gesundheitsversorgung auskommen. Somit sind auch lebensrettende Massnahmen bei Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria oder auch bei Unterernährung kaum verfügbar. Es wird geschätzt, dass jedes vierte Kind vor dem Alter von fünf stirbt. «In vielen Landesteilen werden noch funktionierende Einrichtungen bis an ihre Grenzen belastet. Der Mangel an humanitären Organisationen in Somalia erhöht die missliche Lage, in der sich die meisten Somalier befinden», fügt Jochum an.

MSF leitet in Somalia seit dem Beginn des Bürgerkriegs acht medizinische Projekte, für die sowohl internationale Freiwillige als auch einheimische Arbeitskräfte tätig sind. Allein im Vorjahr wurden 350'000 ambulante Behandlungen vollzogen und über 10'000 Patienten stationär versorgt.



Zum Buch «Spionageziel Schweiz?» von Peter Veleff

# Ein Stück Kalter Krieg aufgearbeitet

Ein spannendes Buch! Nein, kein Spionage-Thriller. Spannend ist es vor allem für die Generationen, die den Kalten Krieg bewusst miterlebt haben. Das, was man selbst erlebt hat, wird von einer neuen Seite beleuchtet. Über Jahrzehnte sind wir Menschen im Westen auf einen möglichen militärischen Angriff von Seiten der sozialistischen Staaten vorbereitet worden. Jetzt zeigt Peter Veleff auf, dass die Menschen in den sozialistischen Ländern ebenso gebannt und ängstlich auf die hochgerüsteten NATO-Staaten gestarrt haben. Er zeigt das, indem er einen Nebenschauplatz des Kalten Krieges untersucht: die Aktivitäten der DDR-Geheimdienste in der Schweiz.

Von Antoinette Mächtlinger

Peter Veleff – pensionierter Untersuchungsrichter und ehemaliger Chef der Militärpolizei eines Armeekorps und Sicherheitsoffizier im Armeestab – formuliert sein Interesse am Gegenstand so: «Aus meiner früheren militärischen Tätigkeit heraus interessierte mich natürlich insbesondere, ob und wie weit eigentlich unsere eigenen Vorstellungen und Überzeugungen aus dem Kalten Krieg richtig oder falsch gewesen seien.»

Er fragt sich,

- ob die Streitkräfte des Warschauer Pakts die Absicht hatten, den Westen zu überfallen,
- ob die Schweiz selbst Ziel der DDR-Aufklärungsdienste war oder nur Drehscheibe,
- ob es auf östlicher Seite Operationspläne gab, die die Eroberung der Schweiz einschlossen,
- wie die DDR-Geheimdienstler unser Land eingeschätzt haben.

## Schwierige Aktenlage

Veleff betont mehrfach, dass es ihm um das Verstehen der andern Seite gehe: «Verstehen heisst für mich nicht, die Meinungen anderer kritiklos zu übernehmen und/oder eigene Werturteile aufzugeben. Es bedeutet aber – ganz im wörtlichen Sinne –, auf die andere Seite zu stehen und die Dinge eben auch einmal von dort aus zu betrachten.» Als Quellen benützt er sowohl Akten und Dokumente aller Art, als auch persönliche Korrespondenzen und Gespräche mit Zeitzeugen.

Die Aktenlage ist aus verschiedenen Gründen prekär; hier seien nur die wichtigsten Hindernisse erwähnt:

- Als sich Ende März 1990 der Bereich Aufklärung der DDR-Armee (NVA) auflöste, wurden alle personenbezogenen Akten vernichtet, d.h. etwa ein Drittel des mittlerweile im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i. Br. eingelagerten Bestandes.

- Die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) vernichtete 1990 ihre Akten auf Beschluss des «Zentralen Runden Tisches» praktisch vollständig (wobei jedoch «sensitives Material» auf ungeklärte Weise an die CIA gelangte).

- Die Akten der Schweizerischen Bundesanwaltschaft zur Abwehr im Kalten Krieg unterliegen einer Sperrfrist von 30 Jahren.

Immerhin verblieben im Freiburger Archiv 168 Kartons, und elektronisch gespeichertes Material beim Bundes-

beauftragten für die Unterlagen der Stasi (BstU) konnte teilweise wieder lesbar gemacht werden.

Durch jahrelange hartnäckige Forschungsarbeit und Korrespondenz mit Zeitzeugen ist es Veleff gelungen, tausende Dokumente zu sichten und wissenschaftlich auszuwerten. Davon zeugt auch der Anhang des Buches, der eine umfangreiche Literaturliste und zahlreiche Kopien von Dokumenten enthält.

## Gespräche mit Zeitzeugen

«Ich glaube, dass meine Gesprächspartner erkannt haben, dass ich sehr wohl unterscheidet zwischen meiner persönlichen Meinung über ein praktiziertes Staatsregime und dem persönlichen Respekt gegenüber einem Mitmenschen, welcher aus mannigfaltigen Gründen und aus ehrlicher Überzeugung von der Richtigkeit seines Verhaltens seinem Land loyal gedient hat.» So der Autor in seinem Schlusswort. Diesem Respekt ist es wohl zu danken, dass ehemalige Feinde aus den höchsten Rängen sich zu persönlichen Gesprächen mit Peter Veleff bereit erklärten.

Den ersten Kontakt knüpfte er mit einem ehemaligen Oberstleutnant, der nach der Wende aufgebrauchten Stasi-Opfern Red und Antwort stand. Dieser öffnete Veleff mit der Zeit viele Türen, bis hinauf zu Geheimdienstchef Markus Wolf und dessen Nachfolger. Von den hochrangigen Gesprächspartnern sei noch Oberst Karl Rehbaum erwähnt, der den bekannten NATO-Spion Topas aufgebaut hatte. (Topas alias Rainer Rupp, der heute als Journalist u.a. für die UW schreibt, wurde erst 1993 enttarnt, mit Hilfe der «Rosenholz-Listen» der CIA.)

In einigen Fällen entwickelte sich, was mit misstrauischem Abtasten begonnen hatte, zu dauerhafter Freundschaft (die NZZ am Sonntag vom 11. Juni 2006 nennt dies «Vertrauensseligkeit»...)

## Überfall beabsichtigt?

Der Autor kommt zum Schluss, dass die Geheimdienstaktivitäten der DDR und der übrigen – untereinander englierten – Warschauer-Pakt-Staaten auf die Abwehr eines NATO-Erstschlags ausgerichtet waren. Dies gilt für alle Aussagen und den ganzen untersuchten Zeitraum; die Alarmbereitschaft wurde jedoch erhöht mit dem Amtsantritt von US-Präsident Reagan 1981.

Für die schweizerischen Friedensorganisationen, die sich bei der Vorbereitung der legendären Friedensdemonstration das ganze Jahr 1983 mit dem NATO-Doppelbeschluss und den sowjetischen SS-20 auseinandergesetzt haben, dürfte das folgende Zitat interessant sein. Es steht stellvertretend für Dutzende von Zitaten und stammt vom ehemaligen DDR-Offizier Alfred Krause, ab 1982 «Chef Aufklärung».

«Aus dem entschlossenen, ja harten Kurs der Administration Reagan, insbesondere aus der klar formulierten Herausforderung zum «totrüsten», dem auf Erlangung einer nuklearstrategischen Erstschlagfähigkeit ausgerichteten Programm der strategischen Verteidigung (SDI), dem Modernisierungsprogramm für die strategischen und kriegsschauplatzgebun-

denen Nuklearkräfte, (...) und gewiss auch unter der Wirkung der verbalen Attacken des amerikanischen Präsidenten gegen das «Reich des Bösen» schlussfolgerte Moskau, dass man es nun offenbar nicht mehr primär mit Vorkehrungen im Rahmen der «Abschreckung» zu tun habe, sondern mit Vorbereitungen auf einen lohnenden Einsatz militärischer Mittel in der Auseinandersetzung der beiden Supermächte und der von ihnen geführten Bündnisse.»

## Schweiz als Ziel der Aufklärung?

Seit der Teilung Deutschlands (Gründung der BRD Mai 1949, der DDR Oktober 1949) kämpfte die DDR um die internationale Anerkennung als Staat und setzte dabei besondere Hoffnung auf die neutralen Länder. Was die Schweiz betrifft, wurde diese Hoffnung erst 1973 erfüllt.

Aus den von Veleff ausgewerteten Dokumenten und Gesprächen geht eindeutig hervor: Die Schweiz war nicht Ziel der Spionage, vielmehr diente sie als Stützpunkt zur Auskundschaftung von NATO-Plänen. Zielstaaten waren Frankreich und die BRD.

Und im Falle eines Krieges? Dazu Werner Grossmann, Nachfolger von Markus Wolf: «In einem Krieg wäre die Schweiz, wie andere neutrale Staaten auch, kein nachrichtendienstliches Ziel der HVA gewesen. Wichtig aber sicher als Durchgangsland für illegal Reisende, für geheime Treffs und das geheime Verbindungswesen insgesamt, einschliesslich eventuellem Einsatz von Funk.»

## Wirtschafts- und Wirtschaftsspionage

Die Wirtschaftsspionage trieb Blüten! Es genügt wohl, den Namen Schalck-Golodkowski zu nennen. Um den sozialistischen Staaten den Zugang zu

modernen Technologien zu verwehren, verhängten die USA für sich und ihre Verbündeten ein umfassendes Exportverbot, das verhängnisvolle COCOM-Abkommen, ein Nährboden für Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Deren Schwerpunkte in der Schweiz waren nach Angaben der Gauck-Behörde:

- Grundlagenforschung (Geologie, Geophysik, Kernphysik, Biologie, Chemie, Biochemie, Veterinärmedizin, Landwirtschaft)
- Elektrotechnik, Elektronik, Mikroelektronik, wissenschaftlicher Gerätebau
- Wehr- und Rüstungstechnik, Flugzeug- und Raketentechnik, Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau,

Auf diesen Gebieten war unser Land nicht nur bevorzugtes Spionagezentrum, sondern auch Umschlagplatz für Embargo-Waren, Geldwaschanlage und Zentrale für allerlei Geschäftemacherei in allen Schattierungen von gesetzeskonform bis strafbar.

## Der Spion aus der Kälte

Stoff für Spionagegeschichten gibt es also reichlich, aber eher in Trockenform. Berichte, Listen, Verordnungen, Verträge. Wer's gern spannender hat, sei auf den Anhang verwiesen: In der Literaturliste findet sich so ziemlich alles, was an Relevantem in den letzten Jahren zum Thema DDR-Spionage geschrieben worden ist.

Wer bereit ist, einmal die Perspektive zu wechseln und ein Stück eigener Geschichte von ungewohnter Seite zu betrachten, wird bei der Lektüre von Veleff seinen Horizont erweitern und seine vergangenen und gegenwärtigen Feindbilder neu überdenken.

Peter Veleff, *Spionageziel Schweiz?*, Orell Füssli Verlag, Zürich 2006, 288 S., Fr. 49.– Bezug z.B. bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, Basel, 061 261 02 89

## Antirassistisches Festival 2006 in Burgdorf

# Grenzen überwinden!

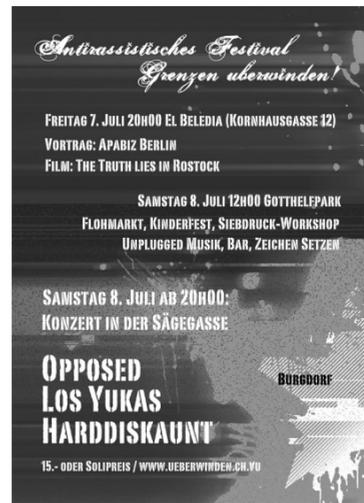
Im vergangenen Jahr fand unter Zusammenarbeit von diversen lokalen Kultur- und Jugendvereinen ein erstes Antirassistisches Festival in Burgdorf statt (siehe UW 2/05). Es wollte auf die seit Jahren bestehenden rechts-extremen Übergriffe aufmerksam machen und diese Thematik in die Öffentliche Diskussion einbringen. Durch die verbale Belästigung und den tätlichen Übergriff auf zwei Jugendliche am Abend der Solennität (Burgdorfer Kinder- und Jugendfest) und die folgende Attackierung einer Mittelschulverbindung beim Abendessen bekam dieses Thema eine Woche vor dem eigentlichen Stattfinden des Festival damals zusätzliche Brisanz und traurige Aktualität. Trotz der medialen Pauschalisierung auf ein Gewaltproblem unter Jugendlichen (es wurde von rivalisierenden Jugendbänden gesprochen) und der daraus resultierenden Negativwerbung einiger weniger Lokalmedien gegenüber dem angekündigten Festival, konnte schlussendlich ein gutbesuchtes, positives und gelungenes Wochenende in Erinnerung bleiben.

Leider hat die rechtsextreme Thematik in den vergangenen 12 Monaten weder an Aktualität, Brisanz noch an Wichtigkeit eingebüsst. Es haben weiterhin Attacken auf missliebige Personen durch Rechtsextreme stattgefunden, die PNOs (Partei National Orientierter Schweizer) versuchte

sich weiter zu etablieren, trat sogar einen (glücklicherweise vergeblichen) Sprung ins Kantonsparlament an und suchte dazu auch in der Region Burgdorf nach Stimmen, die aus der Region stammende Neonazi-Band «Indiziert» machte vermehrt auf sich aufmerksam, etc...

Trauriger Höhepunkt all dieser Umtriebe war die Attacke auf eine stadtbekanntere Familie vor einigen Wochen. Bereits nur diese selektive Auswahl an Vorfällen und Ereignissen ist Grund genug, auch 2006 ein Festival dieser Art zu organisieren und so ist für das Wochenende vom 7./8. Juli in Burgdorf eine zweite Auflage des Antirassistischen Festivals unter dem Motto: «Grenzen überwinden!» vorgesehen (siehe Hinweis). Durch das kürzliche Konzert der Neonazi-Band «Indiziert» inmitten der Stadt Burgdorf, nur wenige Meter vom Ort der letzten Attacke entfernt, erhält diese Thematik weitere Beweggründe, etwas zu unternehmen.

Neben dem eigentlichen Festivalwochenende vom 7./8. Juli haben im Vorfeld aufklärende und informierende Veranstaltungen zu Rassismus, Migration und Rechtsextremismus stattgefunden. Mit dieser Veranstaltungsreihe wurde bezweckt, dass die Themen in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert werden und sich die Bevölkerung von Burgdorf und Umgebung informieren konnte.



## Programm des Antirassistischen Festivals von Burgdorf

### Freitag 7. Juli:

#### Vortrag über RechtsRock

Die Veranstaltung (20.00 Uhr im El Beledia, Kornhausgasse 12) liefert einen Überblick über die verschiedenen Sparten rechter Rockmusik in Deutschland, mit ihren anti-emanzipatorischen und reaktionären Denkmustern und ihren offenen Flügeln zu Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus.

Mit notwendiger Trennschärfe und ohne Verallgemeinerung wird darin der Bogen geschlagen vom «White Noise» der neonazistischen Skinheadszenen über die extrem rechten Strömungen im Dark-Wave, Neofolk und Black Metal bis hin zu den ästhetischen Inszenierungen der «Neuen Deutschen Härten», den markigen Parolen eines «nationalen HipHop» und den simplen Weltbildern der «Böhsen Onkelz».

RechtsRock bietet eine umfassende Erlebniswelt und vielerlei Möglichkeiten, reaktionäres Denken und Antimoral in eine rebellische Identität zu verpacken. RechtsRock ist Teil der Popkultur und einer Spassgesellschaft, in der zuweilen selbst der offene Rassismus und Antisemitismus von Bands wie «Landser» und «Zilertaler Türkenjägern» zum running gag auf Schulausflügen und Stammtischrunden geriert.

Die ReferentInnen gehören zum Autorenkreis des Sammelbandes RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien (Dornbusch/Raabe [Hg.], Hamburg/Münster 2002).

### Film: «The Truth lies in Rostock»

«Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock» – Hintergründe der Pogrome August '92 in Rostock-Lichtenhagen.

August 1992, Rostock-Lichtenhagen. Die Polizei schaut zu, als Faschisten die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) und ein Wohnheim von vietnamesischen Vertragsarbeitern mit Molotowcocktails bombardieren. Eine Montage von Videomaterial, gedreht aus den angegriffenen Häusern heraus, Interviews mit Anti-FaschistInnen, vietnamesischen VertragsarbeiterInnen, Polizei, Bürokraten, Neonazis und Anwohnern. Eine Dokumentation über das heimliche Einverständnis der Politik und über die verbreitete Angst.

Der Film wird im Anschluss an den Vortrag über Rechts-Rock gezeigt.

### Samstag 8. Juli Nachmittagsprogramm:

Flohmarkt; Infostände; Kinderprogramm; Bastel- und Malmöglichkeiten; Unplugged Live-Musik. Ort: Gotthelfpark

### Abendprogramm: Konzerte in der Sägassturnhalle

Ab 20.30 Uhr:  
Opposed (CH)  
Los Yukas (CH)  
Harddiskaunt (IT)



## Hintergründe eines Protestes am EU/Lateinamerika-Gipfel

## Konflikte um Papierfabriken

Als sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des EU-Lateinamerika-Gipfels am 12. Mai in Wien zum Gruppenfoto aufgestellt hatten, gab es eine Überraschung. Die argentinische Greenpeace-Aktivistin und Sambakönigin Evangelina Carroza nutzte in Sambakleidung die vielen Kameras, um gegen den Bau von zwei Zellstofffabriken in Uruguay zu protestieren. Die Aktion sicherte dem Protest weltweite Beachtung. Und diese Beachtung verdient der Konflikt, denn die geplanten Fabriken werden gravierende ökologische Folgen in Uruguay selbst und im Nachbarland Argentinien haben.

Von Frank Kürschner-Pelkmann

Schon seit Ende letzten Jahres wird eine Strassenbrücke über den Fluss Uruguay blockiert, eine der Hauptverbindungen zwischen Uruguay und Argentinien. Die Demonstranten erklären: «Nein zu den Papiermühlen, ja zum Leben!» Vor allem Einwohner des argentinischen Urlaubsortes Gualeguaychú und umliegender Gemeinden fürchten um ihre Gesundheit und ihre wirtschaftliche Zukunft, wenn jenseits der Grenze zwei grosse Zellstofffabriken ihre Produktion aufnehmen. Im April 2005 kam es zu einer Grossdemonstration an der Grenzbrücke. Auch die argentinische Regierung hat das Nachbarland mehrfach aufgefordert, den Umweltbedenken Rechnung zu tragen und vor einem Bau unabhängige Umweltstudien durchführen zu lassen.

Von der Ablehnung des Projektes im Nachbarland hat sich die Regierung Uruguays allerdings nicht beeindruckt gezeigt, sondern hat das Projekt weiterverfolgt. Der finnische Botnia-Konzern und der spanische Ence-Konzern wollen insgesamt 1,8 Milliarden Dollar investieren (das entspricht 1/10 des Bruttosozialprodukts Uruguays), um zunächst 1,5 Millionen Tonnen Zellstoff zu produzieren, später soll die Menge verdoppelt werden. Zum grössten Investitionsvorhaben in der Geschichte Uruguays trägt die Weltbank mit einem Kredit von 400 Millionen Dollar

rekt durch die beiden grossen Fabriken entstehen. Nachdem vor mehr als zwei Jahrzehnten grosse Schlachtbetriebe schliessen mussten und die Arbeitslosigkeit hoch ist, hoffen viele in Fray Bentos geradezu verzweifelt auf neue Jobs. Die Nachrichtenagentur «Inter Press Service» (IPS) zitierte im Februar 2006 einen derjenigen, die dringend auf Arbeit hoffen so: «Ich würde lieber in 20 Jahren an Umweltproblemen sterben als heute an Hunger als Folge fehlender Arbeit.» Das Argument neuer Jobs überzeugt in Fray Bentos viele, und die Greenpeace-Aktionen zur Blockade der Anlieferung von Bauteilen findet hier – im Gegensatz zur argentinischen Seite des Flusses – wenig Unterstützung. Man glaubt dem finnischen Unternehmen, von der Produktion gingen keine Umweltschäden aus. Die uruguayische Guayubira-Umweltschutzorganisation rechnet allerdings vor, dass mehr als 1'000 Arbeitsplätze im Tourismussektor der Region gefährdet sind durch Immissionen, die von den Zellstofffabriken ausgehen.

In Uruguay kommen weitere Umweltgefahren hinzu. Sie gehen nicht nur von den Fabriken aus, sondern auch von den Eukalyptusplantagen, die seit den 1980er Jahren angelegt wurden, um die Grundlage für eine Zellstoffindustrie zu schaffen. Bereits 7'000 Quadratkilometer sind mit diesen rasch wachsenden Bäumen bedeckt, die einen extrem hohen Wasserbedarf haben und dem Boden sehr viel Nährstoffe entziehen. Nur so erklärt sich, dass die Bäume bereits

den Händen einiger Agro-Industrieller konzentriert wird und ganze Regionen unter der enormen Umweltzerstörung leiden, vor allem einer Vernichtung der Wasserressourcen. Die Kritikerinnen nennen die Eukalyptusplantagen eine «grüne Wüste» und verweisen darauf, dass ein einziger Baum 30 Liter Wasser am Tag benötigt. Die protestierenden Frauen erklärten: «Die «grünen Wüsten» dringen in Gebiete vor, die für die Landreform vorgesehen werden sollten, und sie sind Symbole für ein Agro-Business, das Profite für wenige bringt, aber Verluste für die Gesellschaft als Ganze.»

Der Konflikt um die uruguayischen Zellstofffabriken ist in den letzten Monaten weiter eskaliert. Die argentinische Regierung hat angekündigt, das Nachbarland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu verklagen. Die Regierung Uruguays ihrerseits will Schadenersatz von Argentinien einklagen, weil die Brückenblockade die Wirtschaft und vor allem den Tourismussektor erheblich trifft.

## Für eine kernwaffenfreie Welt... Fortsetzung von Seite 1

Die Trident missiles mit ihrem massiv gefährlichen Potenzial sind nutzlos und veraltet. Ihre Wartung allein kostet eine Milliarde Dollar jährlich, ein riesiger Verschleiss von Ressourcen. Versuche, die Trident aufrechtzuerhalten oder gar auszubauen, müssen strengstens verurteilt werden.

Am Schluss seiner Rede erinnerte Westberg an die Situation von Mordechai Vannunu. Der israelische Atomingenieur ist wieder verhaftet worden, weil er über die Atomwaffen der Israelis sprach, und das obwohl er bereits 18 Jahre im Gefängnis sass wegen desselben «Deliktes».

Nächste Rednerin war Anne Sanne Goransson von O.F.O.G. (auf Deutsch etwa «füge Schaden zu»). Sie betitelte ihre Rede mit «sich nicht dem Kernwaffen Wahnsinn anschliessen» und stellte ein Zitat von Arundhati Roy voran: «Eine andere Welt ist möglich, sie ist schon auf dem Weg. Es kann sein, dass ich sie nicht erleben werde, aber in stillen Augenblicken kann ich sie atmen hören.»

Sie erinnerte uns daran, dass US-amerikanische Spionage-Stützpunkte in der ganzen Welt verstreut sind, inklusive im Norden auf Norwegen, und ein sehr grosser bei Mentwith Hill in Yorkshire, England, der seit vielen Jahren für Überwachung und Industrie-Spionage in ganz Europa eingesetzt wird.

Grossbritannien habe kürzlich die Kriterien festgehalten, unter welchen Bedingungen Kernwaffen eingesetzt werden sollten:

Erstens wenn ein Angriff von Kernwaffen oder Massenvernichtungswaffen droht; zweitens um ein Land zu bestrafen; drittens um ein Land zu bestrafen, das Warnungen nicht beachtet hat; viertens als Antwort auf chemische oder biologische Waffen. Kernwaffen können aber auch als Abschreckung benutzt werden, um die Möglichkeiten von zukünftigen Zerstörungen zu demonstrieren.

Damit zeigt sich eine zunehmende Bewegung fort von politischer Zurückhaltung hin zur aktiven Erwägung des Kernwaffeneinsatzes.

Goransson erläuterte uns die Kampagne gegen Faslane, den Amerikanischen Stützpunkt in Schottland, wo einsatzbereite Trident Sprengköpfe lagern. Sie zeigte ein Video über die Proteste und Demonstrationen beim Stützpunkt. Diesen Herbst startet die «Faslane365Kampagne» – eine Blo-



Evangelina Carroza protestiert beim EULAC-Gruppenfoto gegen die Umweltzerstörung in Südamerika, insbesondere gegen die Errichtung einer der größten Zellstofffabriken Südamerikas an der argentinisch-uruguayischen Grenze. Die im Februar zur neuen argentinischen Sambakönigin gewählte Greenpeace-Aktivistin stammt selbst aus der am meisten betroffenen Grenzstadt Gualeguaychú. Foto Greenpeace

Der Konflikt zeigt exemplarisch, wie Länder angesichts einer gnadenlosen Konkurrenz um Investitionen so stark unter Druck stehen, dass sie Umweltfragen hintanstellen, wenn die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze besteht. Das erste Opfer dieser Form der Globalisierung ist die Umwelt, aber auch die Auswir-

kungen auf die Menschen sind unübersehbar. Die Proteste gegen die Fabriken zeigen, dass immer mehr Menschen erkennen, dass eine solche «Entwicklung» in eine lebensbedrohende Krise führt.

Frank Kürschner-Pelkmann ist freier Journalist in Hamburg (www.wasser-und-mehr.de).

## In Kürze

ckade, die ein ganzes Jahr dauern soll. Im Oktober machen die Schweden mit, auch andere sind aufgerufen, sich zu beteiligen.

Der alternative Nobelpreis wurde drei Frauen verliehen, denen es mit einem Ruderboot gelang in den Stützpunkt Faslane einzudringen. Dort konnten sie die Computer vom Kontrollraum entfernen und im See versenken. Sie setzten die Trident unter Anklage (Weitere Informationen unter www.ofog.org)

Die letzte Rednerin, die Soziologin Ingela Martensson, sprach von Europäischen Themen und Kernwaffen. Sie beschrieb die fortschreitende Militarisierung der Europäischen Union und leitete über zu der Schwedischen Einbindung in die NATO durch seine Diplomaten.

«Partnership for peace» beispielsweise sei ein indirekter Weg, um die Regierungen in die NATO zu bringen. Es gibt mit den USA direkte Kontakte über die innere Sicherheit, um so die Regierungen in Aktionen involvieren zu können. Am Schluss ihrer Rede wies sie auf das NATO 06 Treffen in Oslo hin und die auf die Reden an diesem Treffen.

Abends gab es ein gemütliches Essen im privaten Rahmen für die delegierten Frauen. Wir hatten Zeit uns auszutauschen und persönlich kennen zu lernen.

## IDFF-Treffen

Am 2. Tag fand das Treffen der IDFF statt: «Frauen in einer globalisierten Welt». Rednerin war Agneta Norberg vom Schwedischen Friedensrat. Es gab eine weitere Vertiefung des ersten Tages. Zusätzlich wurden die Hintergründe für die Konflikte im Mittleren Osten erläutert.

Für uns Friedensfrauen ist es wichtig, ein Europäisches und Internationales Netzwerk aufzubauen. Mit diesem Gedanken und dem Vorsatz, solche Treffen zu wiederholen, sind wir in unsere Länder zurück gekehrt Wir wollen gemeinsam mit Gleichgesinnten gegen das wahnsinnige Wettüben kämpfen.

Eine besonderes Erlebnis war es Erni Friholt zu treffen. Sie ist eine von den 1000 Frauen die für den Friedensnobelpreis nominiert worden waren.

Kontakt-Adresse: Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt, Postfach 2036, 4001 Basel.



Greenpeace-Protest beim NATO-Hauptquartier gegen die nukleare Bedrohung. Foto Greenpeace

## US-Atomwaffen weg!

Europäische Parlamentarier haben eine Aktion zum Abzug aller 480 noch auf europäischem Boden stationierten US-Atomwaffen gestartet.

In einer Erklärung verlangen die Parlamentarier von der US-Regierung einen klaren und konkreten Zeitplan sowie einen Aktionsplan für den Abzug dieser Waffen aus Europa bis Ende 2006. Die NATO ihrerseits wird eindringlich aufgefordert, dieses Thema als ständigen Punkt auf die Tagesordnungen ihrer Ministertreffen und Gipfelkonferenzen zu setzen, bis der Abzug vollendet ist. Zudem wird von allen europäischen Regierungen verlangt, politischen Druck auf die US-amerikanische Regierung auszuüben, um diesen Abzug durchzusetzen. Schliesslich wird der Präsidenten des EU-Parlamentes aufgefordert, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat der EU, der Kommission der EU und der Regierung der Vereinigten Staaten zu übermitteln.

Ein Abzug der Atomwaffen aus Europa würde nicht nur den dauernden Bruch des Atomwaffensperrvertrages beenden, sondern könnte gleichzeitig Russland ermutigen seinerseits Schritte zur weiteren Reduzierung seines nuklearen Arsenalen zu unternehmen.

Die Parlamentarier werden von IPPNW unterstützt (ipnw.de).



Die Präsidenten Vazquez (Uruguay, links) und Kirchner (Argentinien, rechts) sind in der Frage der Zellstoff-Fabrik uneins. Foto zvz

bei. Der Bau der Fabriken hat inzwischen begonnen. Greenpeace kritisiert, dass bei der Produktion die umweltzerstörende Methode der Chlorbleiche angewendet wird. Greenpeace-Umweltexpertin Paula Bufman sagte anlässlich der Aktion in Wien: «Sie wollen den dreckigen Teil der Produktion bei uns in Südamerika machen und den sauberen Teil in Europa.»

In der uruguayischen Stadt Fray Bentos finden die Fabrik-Vorhaben vehemente Unterstützung, denn hier sind durch die beiden Baumassnahmen bereits Hunderte Arbeitsplätze entstanden, und nach Aufnahme der Produktion hoffen viele Einwohner der Stadt auf 600 relativ gut bezahlte Jobs. Die uruguayische Papierarbeitergewerkschaft rechnet ausserdem mit mehreren tausend Jobs, die indi-

nach 12 Jahren gefällt und in Zellstoff verwandelt werden können. In Uruguay und vielen anderen Ländern der Welt stellen die Eukalyptusplantagen eine ernste Bedrohung für die Wasserressourcen und die Bodenqualität dar.

Wie brisant diese Probleme inzwischen in Lateinamerika sind, zeigte sich Anfang März in Barra de Ribeiro südlich der brasilianischen Grossstadt Porto Alegre. Etwa 2'000 Frauen aus Bauernfamilien besetzten die Eukalyptusplantage eines grossen brasilianischen Zellstoff- und Papierkonzerns und stürmten eine Fabrik, um dagegen zu protestieren, dass immer mehr Land und Wasser für den Anbau schnell wachsender Bäume für die Papierindustrie eingesetzt wird. Viele landwirtschaftliche Kleinbetriebe verlieren in diesem Prozess ihre Existenzgrundlage, weil das Land in

Picassos Gebrauchsgraphik

# Von der Herkunft der Taube

Pablo Picasso, der grosse Maler und Menschenfreund, hat dem Friedenskampf einige seiner schönsten Gebrauchsgrafiken gewidmet. Noch heute werden bei der Schweizerischen Friedensbewegung jährlich Hunderte seiner Friedenskarten bestellt. Eine mit viel Gespür zusammengestellte Ausstellung an der ETH Zürich gab kürzlich einen äusserst interessanten Einblick in diese Schaffensseite des Künstlers und ein wunderbar gestaltetes und klug kommentiertes Buch macht die Werke aus der Sammlung unseres Freundes Bruno Margadant jetzt auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Dem Buch von Katja Herlach (siehe Hinweis) entnehmen wir auszugsweise nachstehenden Text zur Friedenstaube.

## Von Katja Herlach

Der Volksmund nannte Picasso den «Maler der Taube», und tatsächlich war sein Name in den 1950er- und 1960er-Jahren für viele Menschen hauptsächlich mit dem Bild der Friedenstaube verknüpft. Er hat dieses Symbol jedoch weder erfunden noch als Erster oder Einziger nach dem Zweiten Weltkrieg verwendet. Sein Verdienst lag vielmehr darin, das Motiv als vielschichtiges Zeichen für die Weltfriedensbewegung fruchtbar gemacht und ihm zu starker und nachhaltiger Präsenz im öffentlichen Raum verholfen zu haben.

Nachdem Picasso im Sommer 1948 mit drei Affichen für die Töpferausstellungen in Vallauris erstmals als Plakatgestalter in Erscheinung getreten war, erklärte er sich bereit, für den ersten Weltfriedenskongress, der im April 1949 in Paris stattfinden sollte, ebenfalls ein Plakat zu entwerfen. Er schob die Arbeit jedoch so lange vor sich hin, bis Louis Aragon ihn im Atelier aufsuchte, um die versprochene Skizze einzufordern. Als Picasso ihm anbot, aus einer Mappe, die neben anderen Lithographien jüngerer Datums auch eine Serie Tierstudien enthielt, ein Plakatomotiv auszusuchen, entschied sich der Dichter zielsicher für ein am 9. Januar litho-

misierung des Motivs charakterisierte er die Taube pointierter als Sinnbild der Friedensbewegung. Schliesslich erleichterte die Freistellung des Sujets seine Kombination mit unterschiedlichen Attributen und damit die Erweiterung seiner Bedeutungsnuancen: mit oder ohne Ölzweig und Regenbogen oder über einem Haufen zerbrochener Waffen triumphierend, erscheint die fliegende Taube in wechselnder Technik, stilistischer Ausprägung und schwankendem Abstraktionsgrad auf allen weiteren Kongressplakaten für die Weltfriedensbewegung.

Diese Vereinheitlichung ging jedoch nicht auf den Künstler, sondern auf seine Auftraggeber zurück, die sich mit Picassos Experimentierfreude nicht anfreunden konnten und ihn so lange drängten, möglichst einfache, wenig verfremdete Motive abzuliefern, bis er schliesslich resignierte. Nach diesem Seilziehen mit unbefriedigendem Ausgang unterbrach der Künstler seine Tätigkeit als Plakatgestalter für die Weltfriedensbewegung vorläufig. Erst zwischen 1958 und 1960 entstanden nochmals vier Kongressplakate. Um Meinungsverschiedenheiten mit den Auftraggebern zu vermeiden, unterliess es Picasso jetzt, innovative Abwandlungen des Motivs zu erproben und verlegte sich stattdessen darauf, die Plakate als Ganzes künstlerisch zu gestalten. Für kreative Aus- und Umdeutungen des Symbols der Friedenstaube boten sich ihm genügend Möglichkeiten beim Entwerfen von Affichen und ephemeren Produkten wie Foulards, Buch- und Zeitschriftenumschlägen, Kalenderblättern, Pressezeichnungen und Karten im Dienst weniger orthodoxer

sanfte Taube betrifft, was für ein Märchen! Es gibt kein grausameres Tier. Ich hatte ein paar hier, und sie pickten eine arme kleine Taube tot, weil sie sie nicht mochten. Sie hackten ihr die Augen aus und rissen sie dann in Stücke. Es war schrecklich. Wie verträgt sich das mit dem Symbol des Friedens?» (...) Als die Reaktion der Menschen auf der Strasse Aragon jedoch Recht gab, akzeptierte Picasso diese Wahl und bemühte sich, in der nächsten Taube nicht mehr das Tier, sondern das Symbol für die Friedensbewegung zu gestalten.

Für das Plakatsujet des internationalen Jugendtreffens in Nizza knüpfte er 1950 mit der Darstellung einer ruhenden, weissgefederten Taube vor schwarzem Grund am erfolgreichen Pariser Prototyp an, er entwarf jedoch eine symbolhaft überhöhte, verklarte Szene mit direkter Beziehung zum beworbenen Anlass. Zwei einander zugewandte Jugendliche von klassisch-statuarischer Strenge halten würdevoll und vorsichtig eine Taube in ihren Händen. Strahlt die Pariser Taube Anmut und Stolz aus, so wirkt die Nizzaer Variante verletzlich und schutzbedürftig, durch den über ihr aus dem Dunkel aufleuchtenden Ölzweig ist sie eindeutig als Friedenstaube gekennzeichnet. Während die Lithographie von 1949 mit einer Tau-



Pablo Picasso kennt man als Schöpfer Epoche machender Arbeiten. Dass er gleichzeitig gebrauchsgrafische Arbeiten geschaffen hat, ist vielen unbekannt. Zum ersten Mal zeigt dieses Buch von Katja Herlach Ausstellungskataloge, Buchillustrationen, Programmhefte, Notenbücher, Kalender, Karten, Plakate, Foulards und Pressezeichnungen, die der Publizist und Sammler von «bedrucktem» Papier Bruno Margadant über Jahrzehnte zusammengetragen hat.

Katja Herlach, Für den Tag gedruckt. Picassos Gebrauchsgraphik – Sammlung Margadant. Scheidegger & Spiess, Zürich 2005. Herausgegeben von der Graphischen Sammlung der ETH Zürich. Mit einem Vorwort von Paul Tanner. Gebunden mit Schutzumschlag. 312 Seiten, 83 sw und 186 farbige Abbildungen, Fr. 78.– Sämtliche Illustrationen auf dieser Seite sind dem Buch entnommen.

rianten und Materialien zugeschiedt zu erhalten, da ihm diese Geschenke die Wirkungskraft seiner durch gebrauchsgrafische Produkte verbreiteten Bildfindung dokumentierten. Doch trotz oder gerade wegen ihrer Popularität wurde seine Taube

# In Kürze

## Welche Sicherheit für wen?

«Menschliche Sicherheit» – ein Zauberwort, das seinen Wirkkreis längst über die Konzepte der Vereinten Nationen hinaus vergrössert hat. Nachdem der Begriff im Bericht des Entwicklungsprogramms der UNO 1994 zum ersten Mal in der Öffentlichkeit vorgestellt worden war, wurde er sowohl in der Friedens- als auch in der Entwicklungspolitik von Staaten wie von NGOs euphorisch aufgenommen.

Das Konzept «Menschliche Sicherheit» bietet im Vergleich mit einem engen Sicherheitsbegriff wichtige Vorteile: Es erweitert das rein territoriale Sicherheitsdenken um gesellschaftliche und individuelle Komponenten und schafft damit Anknüpfungspunkte für feministische Friedenspolitik. Indem die Sicherheit von Individuen und Gruppen prioritär in den Blick genommen wird, werden auch die unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse von Frauen und Männern sichtbar. «Menschliche Sicherheit» meint nicht nur Schutz vor direkter, physischer Gewalt, sondern auch soziale und ökonomische Sicherheit und die Möglichkeit, am politischen Leben zu partizipieren, Zugang zu Gesundheitseinrichtungen zu haben etc. Damit integriert das Konzept nebst den klassischen Sicherheitsthemen entwicklungspolitische und Menschenrechtsthemen. Es wird offensichtlich, wie eng diese drei Politikbereiche zusammenhängen.

## Falsche Weggefährten

In der politischen Arbeit mit dem Konzept findet nun aber eine Hierarchisierung statt: Menschenrechte und Entwicklungspolitik werden in ihrer Handlungslogik und in den gewählten Mitteln zunehmend der Sicherheitspolitik untergeordnet. Mit dieser Ausdehnung der Sicherheitslogik wählen sich Entwicklungspolitik, Internationale Zusammenarbeit und linke Globalisierungskritik die «falschen Weggefährten», schreibt die Politikwissenschaftlerin Claudia von Braunmühl. Sie meint damit «Militär, Geheimdienste, Polizeikräfte, sog. Anti-Terrorkräfte etc.».

Genau dieselbe Ausdehnung der Sicherheitslogik – die auf Feindbildern, Opfer-Täter-Schemen, Kontrolle, Repression und Ausschluss beruht – lässt sich auch innenpolitisch beobachten. Die neuen Polizeigesetze, wie sie in Bern, St. Gallen und Winterthur bereits eingeführt wurden und der Entwurf für ein Polizeigesetz, wie es im Kanton Zürich momentan diskutiert wird, treiben die «Versicherheitlichung» von immer mehr Politik- und Lebensbereichen voran.

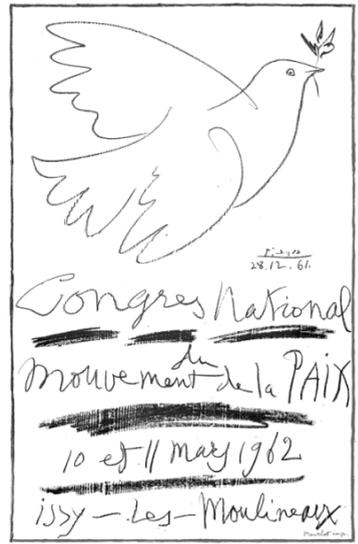
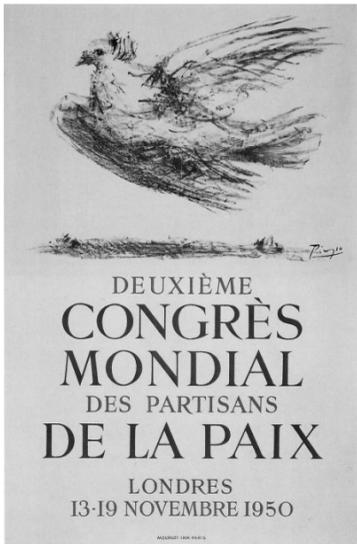
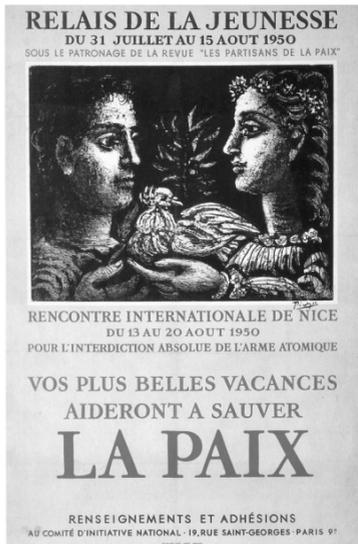
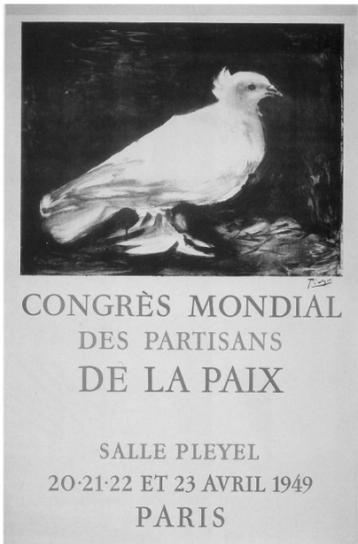
## Veranstaltung zum Thema

Die Veranstaltung «Welche Sicherheit für wen?» mit Claudia von Braunmühl bietet Gelegenheit, über diese Entwicklungen rund um den Zusammenhang von «Menschlicher Sicherheit», «Versicherheitlichung» und Polizeigesetze zu diskutieren.

Organisiert wird die Veranstaltung vom cfd und den Frauenstimmen gegen den Krieg und findet statt am:

**Mittwoch, 23. August, 19.00 Uhr im Volkshaus (Grüner Saal) Stauffacherstr. 60, 8004 Zürich**

Redaktionsschluss dieser Nummer: 25. Juni 2006



graphiertes Blatt mit einer stehenden Taube. (...) Sein begeisterter Ausruf: «Voilà notre affiche: la colombe de la Paix!» macht deutlich, dass Aragon mit der Darstellung des Federtiers primär ein Symbol wählte; eines, das in unterschiedlichen Kulturkreisen seit alters mit positiven Bedeutungen wie Sanftmut, Friedfertigkeit oder Unschuld in Verbindung gebracht wurde und zu den bekanntesten Elementen der christlichen Ikonographie zählt. (...)

Picasso verhöhnnte Aragon zunächst dafür, in seiner Taube ein Friedenssymbol sehen zu wollen: «[...] was die

be vor dunklem Hintergrund zum Ziel gehabt hatte, die Möglichkeiten der Darstellung von weissem Gefieder zu erproben, kam der Lichtregie ein Jahr darauf symbolischer Gehalt zu: Die intime Szene wird von einem übernatürlichen Glanz erhellt, der von der Taube selbst auszugehen scheint. Mit dieser Reminiszenz an nächtliche Krippendarstellungen mit dem Jesukind als «lumen mundi» erhält die Darstellung eine quasi-religiöse Dimension, die Taube wird zur Hoffnungsträgerin stilisiert, die Licht in die finstere Gegenwart bringen soll.

Seine dritte Friedenstaube, das Plakatomotiv für den zweiten Weltfriedenskongress in London/Sheffield sollte schliesslich zum Vorbild für alle weiteren Kongressplakate und darüber hinaus zum eigentlichen Logo der Friedensbewegung werden. Zu sehen ist eine mit flüchtigen schwarzen Kreidestrichen auf hellem Grund skizzierte Taube im Flug. Durch die Entscheidung für eine Darstellung bei Tageslicht erreichte Picasso eine bessere Einbindung des Bildfeldes in die Plakatfläche, und mit der Dyna-

auftraggeber aus dem Umfeld der Friedensbewegung. Hier konnte er ganz unterschiedliche, auf die jeweiligen Anlässe abgestimmte Fassungen der Friedenstaube entwickeln: Die Frontseite der *L'Humanité* vom 16. August 1950 zeigt sie mit einer Schreibfeder statt eines Ölzweiges im Schnabel, um die Leserinnen und Leser zur Unterzeichnung des Stockholmer Appells aufzufordern, in Darstellungen der Sardana, des spanischen Tanzes, ist sie verschiedentlich im Kreis der Tanzenden zu sehen, oder sie erscheint mit ausgebreiteten Schwingen als Beschützerin. (...)

Sobald die fliegende Taube zum allgemein bekannten Logo der Friedensbewegung geworden war, konnte sie beliebigen Sujets als visuelle Markierung beigegeben werden, um ihnen eine Friedensbotschaft zu unterlegen oder sie mit der Friedensbewegung zu assoziieren. (...)

Zeigte sich schon Picasso selbst in der Streuung dieses Zeichens freizügig, so freute es ihn nach Aussagen von Freunden umso mehr, Adaptionen seiner Tauben in allen möglichen Va-



## Palästina I: Sharon und Olmert in den Schatten gestellt

## Was für ein wunderbarer Plan!

*Jemand müsse «schon wirklich naiv sein und keinerlei politisches Verständnis haben, um glauben zu machen, dass es möglich sei, drei Regierungen – die der Palästinenser, der Ägypter und der Jordanier, geschweige denn die der Israelis – davon zu überzeugen, einen Teil ihres Landes herzugeben», meint der Israeli Uri Avnery zum neusten Teilungsplan des Generalmajors Giora Eiland.*

Von Uri Avnery

Neun Monate bevor Scharon in den Libanon einfiel, weihte er mich in seinen grossen Plan ein, der alle Probleme der Region lösen sollte. Er war toll. Er bat mich nicht darum, ihn geheim zu halten, sondern nur, ihn nicht direkt mit seiner Person in Verbindung zu bringen. Also veröffentlichte ich ihn in meinem Magazin Haolam Hazeh.

Sharon, der damals gerade erst zum Verteidigungsminister ernannt worden war, war nicht mit bescheidenen Schritten zufrieden, um die Situation zwischen Mittelmeer und dem Jordan zu verbessern. Er wollte das Gesicht der ganzen Region – also vier Länder – verändern. Die Hauptpunkte: Vertreibung der Syrer aus dem Libanon; im Libanon einen maronitisch-christlichen Diktator (Bashir Gemayel) einsetzen; die Palästinenser aus dem Libanon nach Syrien und von dort nach Jordanien transferieren; die Palästinenser ermutigen, in Jordanien eine Revolution auszulösen und König Hussein abzusetzen; Jordanien in einen palästinensischen Staat unter Yassir Arafat verwandeln und mit der palästinensischen Regierung in Amman über die Zukunft der Westbank verhandeln. Eine Möglichkeit: eine Situation zu schaffen, die es Israel erlauben würde, in der ganzen Westbank Siedlungen zu bauen, und den Palästinensern das Stimmrecht geben würde, um für das Parlament in Amman zu stimmen.

Dies war der Plan, der Scharon dazu anregte, im Sommer 1982 in den Libanon einzufallen. Er war nicht gerade erfolgreich. Tatsächlich waren die Ergebnisse das Gegenteil von dem, was er erwartet hatte. Israel blieb 18 Jahre lang im libanesischen Sumpf stecken und konnte am Ende nur knapp entkommen. Die maronitischen Christen führten in der Tat ein Massaker in Sabra und Shatila aus, um die Palästinenser zu veranlassen, nach Syrien zu fliehen; aber diese rührten sich nicht von der Stelle. Bashir Gemayel wurde ohne Widerstand zum Präsidenten des Libanon bestimmt, aber bald danach ermordet. Die Syrer blieben für weitere 23 Jahre im Libanon und liessen nach ihrem Rückzug die Hisbollah zurück. Arafat ging nicht nach Amman, sondern nach Tunis und kehrte von dort nach Palästina zurück, nachdem Israel die PLO anerkannt und das Oslo-Abkommen unterzeichnet hatte.

An dieses historische Fiasko wurde ich erinnert, als ich in der vergangenen Woche den grandiosen Plan eines anderen strategischen Genius sah: des Generalmajors Giora Eiland, früherer Chef der militärischen Operationsabteilung, bis vor kurzem Chef des Nationalen Sicherheitsrates, einer Regierungsabteilung, deren Aufgabe es ist, die nationale Strategie zu formulieren.

Wie Scharon will General Eiland die ganze Region von Grund auf neu ordnen. Sein grosser Plan ist nicht weniger eindrucksvoll als der von Scharon. Nicht der Trennungsplan – Gott bewahre – sondern der grossartige Plan, den ich eben erwähnte. Eiland hat für Scharons Trennungs- und Olmerts Konvergenzplan nur Verachtung übrig. Für ihn sind Scharon und Olmert nur Dilettanten, die keine Ahnung von Stabsarbeit und ordentlichen Beratungen haben, sondern nur aus dem Bauch heraus Entscheidungen treffen.

Wie Eiland dem Haaretz-Interviewer Ari Shavit enthüllte, hätte er einen ernsthafteren und besser ausgearbeiteten Plan, wie folgt:

12 % der Westbank an Israel annekieren, wenigstens 600qkm, um die Sicherheit Israels mit gut zu verteidigenden Grenzen zu garantieren.

Von Ägypten im Nordsinai 600qkm nehmen und mit dem Gazastreifen verbinden, damit die Palästinenser dort einen Seehafen und einen internationalen Flughafen und eine Stadt für 1 Million Menschen bauen könnten.

Als Kompensation den Ägyptern 150 qkm israelisches Land im Negev geben.

Den Ägyptern die Erlaubnis geben, einen Tunnel zwischen Ägypten und Jordanien in der Nähe von Eilat unter israelischem Gebiet zu bauen.

100qkm Land von Jordanien den Palästinensern transferieren – als Kompensation für Land, das Israel den Palästinensern nimmt.

Ich habe Dutzende – wenn nicht gar Hunderte – Pläne von rechtschaffenen Leuten gesehen, die wunderbare Ideen für die Lösung des Konfliktes haben. Kaum ein Monat vergeht, wo mir nicht irgend jemand einen weiteren Plan zumailt. Eilands Plan ist nicht schlechter als die anderen Utopien – leider ist er auch nicht besser.

Aber es gibt einen grossen Unterschied: der stolze Erfinder dieses Plans ist eine Persönlichkeit, die eine zentrale Rolle in den höchsten Rängen des israelischen Sicherheits-Esta-

blishments spielt. Seine Ideen zeigen etwas Typisches über die geistige Einstellung dieses Kreises.

Eine Person muss schon wirklich naiv sein und keinerlei politisches Verständnis haben, um glauben zu machen, dass es möglich sei, drei Regierungen – die der Palästinenser, der Ägypter und der Jordanier, geschweige denn die der Israelis – davon zu überzeugen, einen Teil ihres Landes herzugeben.

Was noch schlimmer ist: man braucht schon eine besondere Einstellung, um Massen von Menschen so zu behandeln, als wären sie Schachfiguren, die man ohne weiteres von einem Staat in den andern, von hier nach dort, schieben könne.

In der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts hat man so etwas getan. Nach dem 1. Weltkrieg setzten sich die Politiker hin und ordneten die Weltkarte neu, lösten Staaten auf und setzten andere neu zusammen. Die Ergebnisse waren meistens katastrophal. Nach dem 2. Weltkrieg tat Stalin dasselbe: er annekterte ein grosses Stück polnischen Landes an die UdSSR und kompensierte Polen mit einem grossen Stück deutschen Landes. Bis heute hat es funktioniert. Adolf Hitler wollte natürlich dasselbe in umgekehrter Richtung durchführen.

In unsrer Realität ist diese Idee absolut unausführbar. Es ist aussichtslos, anzunehmen, dass Ägypten einen Teil seines Landes für einen Fleck Wüste hergeben würde. Schon Menachem Begin entdeckte, wie sensibel die Ägypter in dieser Hinsicht sind. Er berührte die tiefsten Fasern ihrer nationalen Seele. Am Ende gaben die Ägypter nicht einen einzigen Quadratmillimeter ihres Gebietes ab. Der Beleg: die Taba-Affäre.

Die Chance, dass Jordanien ein grosses Stück seines fruchtbaren Landes an die Palästinenser opfern würde, ist sogar noch geringer. Eiland scheint wie viele israelische Armeeeoffiziere, Jordanien tief zu verachten. Genau so wenig wie er die Ägypter versteht, versteht er die herrschende Klasse des Haschemitischen Königreichs. Es ist – aus gutem Grund – ungewöhnlich sensibel gegenüber Gefahren, die überall lauern. Doch erfreut es sich natürlich der starken Unterstützung von Seiten der USA und Grossbritanniens.

Es lohnt sich nicht, auf die Möglichkeit näher einzugehen, die USA und Europa würden einen solchen Schachzug unterstützen, der Menschen und Gebiete hin- und herschiebt. Europa betrachtet bestehende Grenzen als heilig. Wenn man erst damit anfängt, Grenzen zu verändern, weiss man nicht, wo dies enden wird.

Eiland belastet sich nicht mit den praktischen Details der Realisierung seines grandiosen Plans. Es scheint so, als wolle er dies den Politikern überlassen – denselben Politikern, die er so sehr verachtet. Wie der Erfinder, der die Erdkugel sich langsamer drehen lassen will und der gefragt wird, wie das ausgeführt werden soll, antwortet: «Ich habe die Idee – die Ausführung ist der Job der Techniker.»

Vor Jahren sagte mir Boutrus Boutrus-Ghali, der damalige Aussenminister Ägyptens, mit einem feinen ironischen Lächeln: «Ihr Israelis habt de facto die besten Experten in der Welt über arabische Angelegenheiten. Sie haben alle Bücher und alle Artikel gelesen. Sie wissen alles – und verstehen gar nichts, weil sie nie einen einzigen Tag in einem arabischen Land gelebt haben.»

General Eiland scheint keine Ausnahme zu sein.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert)

## In Kürze

## Somazzi-Preisträgerin

Mitte Juni wurde Ruth-Gaby Vermot-Mangold in Zug der Dr. Ida Somazzi-Preis verliehen. Die engagierte Berner SP-Nationalrätin erhielt den Preis für ihr Projekt «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis». Als Mitglied des Europarates besuchte Ruth-Gaby Vermot Krisen- und Kriegsländer und traf überall auf engagierte Frauen, die unter äusserst gefährlichen Bedingungen Friedensarbeit leisten. Der von der Öffentlichkeit selten bemerkte Einsatz dieser mutigen, zielstrebig und unermüdeten Frauen für den Frieden, liess in Ruth-Gaby Vermot die Idee reifen, Tausend solcher Frauen für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Den Nobelpreis haben die Frauen zwar nicht erhalten, aber das Projekt erregte weltweit Aufsehen und machte die Arbeit der Friedensfrauen sichtbar.

Der Somazzi-Preis wird für herausragende Leistungen in der Frauenförderung vergeben. Ruth-Gaby Vermot hat diese Ehrung verdient.



## Palästina II: Apell des palästinensischen Ministerpräsidenten Ismail Haniyeh

## Frieden ist die Frucht der Gerechtigkeit

*Seit Jahren verwüstet ein bitterer Kampf das Leben der Menschen in Palästina, zerstört unermesslichen Besitz und verhindert wirtschaftliche Möglichkeiten. «Kriege brüten Hass und üble Taten aus», meint der Ministerpräsident der Palästinensischen Behörde, Ismail Haniyeh, «Frieden aber bringt Zusammenarbeit und guten Willen.» Wir dokumentieren seine Stellungnahme in einer Übersetzung von Ellen Rohlf.*

Von Ismail Haniyeh

Da das palästinensische Volk seinen langen und schmerzlichen Weg zur Freiheit und Unabhängigkeit weitergeht, sehen wir mit Hoffnung und Optimismus in die Zukunft. Tatsächlich ist es diese Hoffnung, dieser starker Glaube an die Gerechtigkeit unserer Sache, der uns all diese Jahr weitergehen und all das Leiden und die Brutalität, die uns eine üble und entmenslichende israelische Militärbesatzung zugefügt hat, durchhalten liess.

Seit undenklichen Zeiten war Palästina friedliche Heimat von alt eingesessenen Muslimen, Christen und Juden, die hier im Frieden und in Harmonie zusammen lebten, die eine gemeinsame Geschichte und Kultur teilten. Erst nachdem Palästina nach dem 1. Weltkrieg unter britisches Mandat kam und die britischen Kolonialbehörden anschliessend entschieden, Palästina, die Heimat unserer Vorfahren, dem Zionismus zu übergeben, war diese inter-kommunale und inter-religiöse Harmonie gestört.

Als Folge dieser willkürlichen Ungerechtigkeit finden wir uns heute als Gefangene in unserm eigenen Lande wieder, versklavt und gequält von einem illegalen und unmoralischen Besatzer, der unser Volk wie Kinder eines geringeren Gottes behandelt oder als ob wir Tiere wären.

Tatsächlich übertrifft das kriminelle Wesen der Besatzung die Realität. Die hässlichen Szenen des Mordes, die Hauszerstörungen und die Erniedrigungen, denen unsere Leute im täglichen Leben unterworfen sind, und das, was Leute ausserhalb Palästinas am Fernseher beobachten, ist nur ein kleiner Teil dessen, was vor Ort wirklich geschieht.

Selbstverständlich würden die israelischen Besatzer ihre Verbrechen gegen ein hilfloses Volk, dessen einziges Verbrechen es ist, sich nach Freiheit und Gerechtigkeit zu sehnen, nicht begehen, wenn es nicht die schimpfliche Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft gegenüber der Notlage meines Volkes gäbe.

Deshalb rufe ich die internationale Gemeinschaft auf, auf den israelischen Staat Druck auszuüben, damit es seine systematische Unterdrückung und institutionalisierte Verfolgung meines Volkes beendet.

## Frieden ist unschätzbar

Indem wir den unerträglichen Schmerz und das Leiden durchstehen, sind wir sicher, dass diese brutale Besatzung meines Volkes und meines Landes eines Tages enden wird und die Völker dieses Landes wieder in Frieden und Harmonie leben werden.

Ich wage sogar zu sagen, dass der Frieden in Palästina sich dann über

die ganze Welt ausbreiten wird und eine neue Ära des Frieden beginnen wird.

Ich weiss, dass es viele Leute gibt, die verlogen und böswillig oder vielleicht auch aus Unwissenheit uns als gewalttätig und gegen den Frieden eingestellt darstellen. Aber das stimmt nicht. Wir sehnen uns nach Frieden wie jeder andere auch, ja vielleicht sogar noch mehr, denn wir sind die ersten Opfer von Gewalt und Krieg.

Frieden ist ein unschätzbarer Wert, ohne den der ganzen menschlichen Erfahrung das Wesentliche fehlen würde.

Doch Frieden, wenn er wirklich, dauerhaft und bedeutsam ist, muss sich auf Gerechtigkeit gründen.

## Völkerrecht durchsetzen

Wir, das palästinensische Volk, schauen ernsthaft nach einem echten Frieden, der aus den Herzen kommt, und wir bitten die Internationale Gemeinschaft dringend, uns zu helfen, diesen Frieden zu verwirklichen, so dass alle Kinder in diesem Teil der Welt, arabische und jüdische Kinder ein normales Leben führen können.

Seit Jahren verwüstet in diesem gequälten Land ein bitterer Kampf das Leben der Menschen, zerstört unermesslichen Besitz und verhindert wirtschaftliche Möglichkeiten. Kriege brüten Hass und üble Taten aus – Frieden aber bringt Zusammenarbeit und guten Willen. Doch machen wir uns nichts vor. Gewalt wird solange weitergehen, wie eine von ihrer politischen und militärischen Macht beraubte Volksgruppe meint, einer anderen Volksgruppe brutal ihren Wil-

len auferlegen zu dürfen. Ein «Frieden» wie dieser wäre ein Akt der Vergewaltigung.

Selbstverständlich muss ein in Palästina sich verwirklichender Frieden von der Weltgemeinschaft in ehrlicher Weise vorbereitet werden. Wir sagen das so deutlich, weil wir die Heuchelei und doppelte Moral der internationalen Gemeinschaft leid sind, wie sie mit diesem Konflikt umgeht.

Wir würden tatsächlich gerne wissen, warum die UN es Israel erlauben, mehr als 100 UN-Resolutionen, in denen es um die Beendigung der Besatzung meines Landes geht, nicht zu erfüllen. Gibt es zwei Arten des Völkerrechts, das eine für die Schwachen, das andere für die Starken?

Steht Israel über dem Völkerrecht? Hat Israel ein besonderes Recht von der internationalen Gemeinschaft erhalten, durch das es ungestraft Kinder töten, ungestraft unser Land stehlen, ungestraft uns in alle Welt vertreiben darf?

Es ist an der Zeit, dass alle Männer und Frauen mit Gewissen und Rechtsschaffenheit laut und deutlich für die Gerechtigkeit der Palästinenser eintreten. Wir haben genug gelitten, und es ist an der Zeit, dass man uns erlaubt, Freiheit und Würde wieder zu erlangen.

Wir verlangen nichts Unmögliches. Wir fordern nur die Weltgemeinschaft auf, sich an die UN-Charta und die Internationalen Konventionen zu halten, die es verbieten, Land mit Gewalt zu erwerben.

Kurz gesagt: die Besatzung muss enden – und sie muss jetzt enden.

(Aus PalestineChronicle.com)

# Unsere Welt



«Solidarität mit der Achse des Guten. Kuba, Venezuela, Bolivien und...»: Transparent an der Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung. Foto UW

## Petro-Dollars im Einsatz

# Macht für die Armen

Zu Gast bei der 55. Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung SFB waren André Scheer, der Venezuela-Kenner und Buchautor, Verfasser u.a. von «Kampf um Venezuela» (Neue Impulse Verlag, Essen 2004) und Claudia Schröppel, die mit Scheer zusammen das Buch «7 Tage im August» über die 16. Weltjugendfestspiele von Caracas herausgegeben hat (Neue Impulse, Essen 2006). Sie berichteten über Geschichte und Fortgang der «bolivarianischen Revolution», die den Armen Venezuelas Freude und den Reichen mehr als nur Kopfzerbrechen bereitet.

Aus der Fülle von Informationen greifen wir kurze Beschreibungen der Sozialprogramme, der sogenannten «Missionen» heraus. In diese Programme statt in die Taschen einer privilegierten und korrupten Oberschicht fliessen seit dem Antritt der Chavez-Regierung die Petro-Millionen. Die Beschreibungen entnehmen wir einer Publikation der Sozialistischen Jugend Österreichs.

Die Misiones werden wesentlich von Nachbarschaftsorganisationen und nicht von Ministerien getragen. Eine allfällige Staatsbürokratie kann dadurch die Reformen nicht blockieren oder scheitern lassen und ihnen auch kein Geld vorenthalten. So ist das venezolanische Transformationsprojekt bislang im besten Sinne von Improvisation geprägt.

Vernünftigerweise geht man davon aus, dass die Misiones nur dort Erfolg haben können, wo Nachbarschaftsversammlungen die Bildung von Schulklassen und Kooperativen, die Einrichtung von Armenküchen oder das Funktionieren der Gesundheitsposten gewährleisten. Im Armenviertel La Vega im Südwesten von Caracas z. B. haben sich um jeden Gesundheitsposten herum Freiwilligengruppen von 10-20 Personen gegründet, die die vornehmlich kubanischen Ärzte bei ihrer Arbeit unterstützen. Auf diese Weise hat sich das Nachbarschaftsnetzwerk von La Vega in den vergangenen zwei Jahren dank der Rückendeckung durch die staatlichen Programme zu einem dichten Geflecht entwickeln können: Freiwilligenzirkel der Alphabetisierungs- und Bildungskampagnen, Kleinkooperativen zur Hinterhoflandwirtschaft, Komitees für die Legalisierung städtischer Landbesetzungen, lokale Planungsräte, Armenküchen und «sozio-kulturelle Netzwerke».

### Die Regierungs-Misiones

Die erste Mission war die nach Simon Bolívars Lehrer, Simon «Robinson» Rodríguez, benannte Mission Robinson. Mit der Mission Robinson sollten die Probleme des Analphabetismus angegangen werden, was in der ersten Stufe, der Beseitigung des Analphabetismus bereits erreicht wurde. Neben diesen Bildungsprogrammen stehen eine Vielzahl von Sozial- und Gesundheitsmissionen, die sowohl Grundbedürfnisse, als auch darüber hinausgehende soziale und kulturelle Ansprüche decken sollen. Nachstehend einige Beispiele:

### Misión Robinson

Die Alphabetisierung ist der erste und wichtigste Schritt dahin den Menschen Bildung, Wissen über Rechte etc. zukommen lassen zu können. Sie ist für Menschen jeden Alters gedacht, für Kinder wird sie auch als Ganztagschulmodell («Escuelas Bolivarianas») angeboten: Kinder sind den ganzen Tag in der Schule, bekommen dort drei Mahlzeiten am Tag, lernen und spielen, betreiben Sport und sind weg von der Strasse.

### Misión Robinson II

Die zweite Phase der Mission Robinson geht weit über das Lernen von Lesen und Schreiben hinaus. Alle Teilnehmenden sollen die gesamten Inhalte bis einschliesslich zur sechsten Schulstufe lernen (Grundschulabschluss). Das Programm ist sehr komprimiert, damit die SchülerInnen das Programm Robinson II in zwei Jahren absolvieren können. Mission Robinson II begann am 28. Oktober 2003. Bereits eine Million Menschen haben dadurch in Venezuela ihren Grundschulabschluss nachgeholt.

### Misión Ribas

Parallel zu den grundlegenden Bildungsprogrammen der Mission Robinson hat die Regierung die Mission Ribas, benannt nach dem Unabhängigkeitsheld José Félix Ribas, für Menschen entwickelt, die einst aus der Gymnasialbildung ausgeschieden sind und sie nun nachträglich beenden möchten. Mission Ribas soll diese Personen in ein Bildungsprogramm integrieren, das ihnen erlaubt in maximal zwei Jahren einen Abschluss zu erhalten, mit dem sie auch die Universität besuchen können. Im Moment gibt es fast 700'000 Menschen, die dafür eingeschrieben sind, es gibt 8'390 Schulen oder Ausbildungsorte, in denen wiederum 4'721 KoordinatorInnen tätig sind.

Für die kommenden Jahre plant Venezuela den Bau von Bildungszentren («University Towns») in sämtlichen 344 Stadtgemeinden des Landes.

## Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich. Auflage: 10 000  
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung, Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Marta Martin, Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander  
E-Mail: sfb@bluewin.ch  
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.  
PC: 40-1627-7  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

## Misión Sucre

Die Mission Sucre, ebenfalls nach einem Unabhängigkeitshelden benannt, ist im Wesentlichen ein Förderprogramm für universitäre Ausbildungen. Die für die Unterschichten aufgebauten Bildungsbarrieren waren und sind hier besonders merkbar. Die Mission Sucre ist wahrscheinlich die bedeutsamste Herausforderung auf dem Gebiet der Bildung. Bis jetzt haben in den verschiedensten Formen/Möglichkeiten der Unis 296'781 Menschen aus Venezuela teilgenommen, davon haben 80'297 ein Stipendium erhalten, 7'921 Lehrende arbeiten in diesem Programm. Neben dem besseren Zugang zu den Unis sollen die Möglichkeiten der Reflexion, Diskussion, und Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gegebenheiten gefördert werden.

## Misión Mercal

In dieser Mission geht es um die Versorgung Grundnahrungsmitteln zu niedrigen Preisen (Reis, Nudeln, Milch, Mehl, Wasser...). Gleichzeitig werden auch Genossenschaften, aus denen die Lebensmittel bezogen werden, sowie kleine Geschäfte in den Orten unterstützt, um die Produktion zu verbessern und die Nahversorgung zu garantieren.

## Misión Vuelvan Caras

Förderung und Aufbau von Kooperativen mit dem Ziel, Arbeitsplätze (selbstbestimmt /«kreativ») zu schaffen, die Produktion entlang der Strategie der «Endogenen Entwicklung» (Produktion mit im Inland erzeugten Rohstoffen, die in erster Linie für den Absatz im Inland gedacht sind. Damit soll auch die Industrialisierung in benachteiligten Gebieten vorangetrieben werden) zu erhöhen und dabei besonders auch die Ausbildung zu fördern. Die Mittel dazu sind Ausbildungszentren und permanente Organisations- und Beratungsangebote, u.a. zum Aufbau von Produktionsnetzwerken. Hauptsektoren: Agrarzeugung, Tourismus und Bauwirtschaft.

## Misión Guacaipuro

Verbesserung der Lebensqualität und Anerkennung der 33 indigenen Völker Venezuelas (ca. 500'000 Menschen); Schutz ihrer Rechte und Kultur). Sie ist entstanden in Zusammenarbeit mit Indiginaverbänden, die die vier Leitlinien beschlossen: Ethnoentwicklung, Selbstverwaltung der Kommunen, klare Grenzziehung zu Nicht-Kommunen und spezielle Aufmerksamkeit für indigene MigrantInnen oder Obdachlose.

## Misión Barrio Adentro

Um die schwerwiegenden Gesundheitsprobleme in den barrios, den armen Gemeinden, zu begegnen, hat die Regierung Chávez ein Gesundheitsprogramm für Gemeinden unter dem Namen «Barrio Adentro» («in der Nachbarschaft») auf den Weg gebracht. Gemäss diesem Programm und mit der Unterstützung von über 15'000 kubanischen Ärztinnen und Ärzten werden in den barrios, in Gebieten, wo zuvor niemals zuvor ÄrztInnen in der Nähe waren, kleine Gesundheitskliniken errichtet.

## Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann man helfen?  
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis \_\_\_\_\_ Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:  
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

## Weltjugendfestspiele

Im Jahr 2007 jährt sich zum 60. Mal die erste Austragung von Weltjugendfestspielen. An der SFB-Jahrestagung, an welcher Teilnehmende von acht verschiedenen Weltfestspielen anwesend waren, wurde die Idee geboren, zum Jubiläum ein grosses Ehemaligen-Treffen zu veranstalten. Es sollte möglich sein, Mitglieder sämtlicher 16 Delegationen von 1947 (Warschau) bis 2005 (Caracas) zu versammeln.

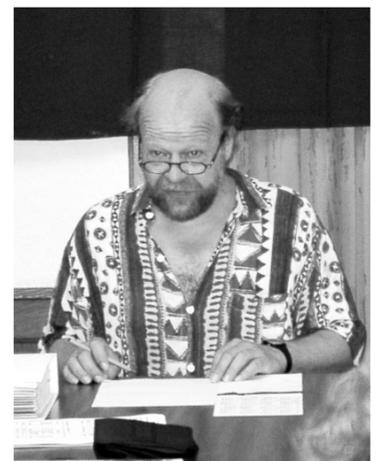
Wer selbst an einem der 16 Weltfestspiele teilgenommen hat das von jemandem weiss, soll sich doch bitte bei einer der folgenden Adressen melden:

- Louise Stebler (war in Budapest 1949 und Berlin 1951 dabei), Weiherweg 38, 4054 Basel;

- Monika Waser Moser (Sofia 1968, Berlin 1973), Rümelinsplatz 17, 4001 Basel;

- Simon Schwander (Havanna 1997), Eystrasse 9, 3400 Burgdorf.

Vorerst werden Adressen gesammelt und danach soll ein breites OK den Anlass organisieren.



SFB-Sekretär Ruedi Moser. Foto UW

## SFB-Jahrestagung

Zum 55. Mal traf sich die Schweizerische Friedensbewegung SFB zu ihrer Jahresversammlung. Sie nahm Jahresbericht und Rechnung ab, wählte die Organe und diskutierte das Tätigkeitsprogramm des laufenden Jahres. Bestätigt wurde Ruedi Moser als Sekretär der SFB, und neu gewählt ins Sekretariat wurde Antoinette Mächtlinger aus Bern.

Die Anwesenden Friedenskämpferinnen und -kämpfer beschlossen, im Herbst dem UNO-Weltfriedenstag besonderes Augenmerk zu schenken. Zur Erinnerung: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärte den Tag der Eröffnung der Generalversammlung im Jahr 1981 zum Internationalen Friedenstag. Zwanzig Jahre später, im September 2001, entschied die Generalversammlung, dass mit dem Jahr 2002 der Internationale Friedenstag jedes Jahr am 21. September begangen werden soll. Der Tag, der von nun an als ein Tag des weltweiten Waffenstillstands und der weltweiten Gewaltfreiheit gefeiert werden soll. Die SFB wird ein breites Bündnis anstreben, um den Friedenstag mit verschiedenen Aktionen zu begleiten.



Berichteten an der SFB-Jahrestagung über eine spannende Reise nach Lateinamerika und ihre Begegnungen mit der Jugend der Welt: Roger, Stephan und Benjamin, Schweizer Teilnehmer der 16. Weltjugendfestspiele 2005 in Caracas, Venezuela. Sie und andere Delegationsmitglieder werden ihre Eindrücke auch am 5. Juli in Bern vermitteln, und zwar um 19.30 Uhr im Casa d'Italia in der Berner Länggasse. Der Anlass ist öffentlich.

Ziel ist es, einen leichteren und schnelleren Zugang zur medizinischen Versorgung, speziell in den Barrios zu ermöglichen. Laut Plan sollten auf 1'000 EinwohnerInnen ein Arzt/eine Ärztin kommen. Die Stationen der ÄrztInnen sind direkt vor Ort, also in den Barrios, die Leute können auch quasi 24 Stunden am Tag dort jemanden erreichen, da die ÄrztInnen auch direkt vor Ort wohnen.

Speziell die Geburten- bzw. die Säuglingssterblichkeit konnte dadurch massiv reduziert werden, die Ausbreitung von Krankheiten unter den teilweise hygienisch katastrophalen Bedingungen soll verhindert werden und Krankheiten prinzipiell schneller oder überhaupt behandelt werden. Die Behandlung ist genauso wie die Medikamente kostenlos. Die dort beschäftigten Ärztinnen und Ärzte stammen grösstenteils aus Kuba, und kommen direkt nach ihrer Ausbildung für drei oder mehrere Jahre nach Venezuela kommen, um einerseits in den Barrios tätig zu sein und andererseits auch venezolanische ÄrztInnen auszubilden.

50 Millionen Fälle/Behandlungen wurden 2005 im Zuge der Misión «Barrio adentro» durchgeführt.

## Misión Identidad

Mit dieser Mission schliesslich sollten alle BürgerInnen erstmals die Möglichkeit bekommen, schnell und unbürokratisch einen Ausweis zu erhalten und damit auch gleichzeitig ins WählerInnenregister aufgenommen zu werden. Die Mission ist mobil, sie fährt von einem Barrio ins nächste, bleibt dort einige Tage, um den Menschen die Möglichkeit zu geben sich registrieren zu lassen. Das Angebot ist kostenlos und in 10 Minuten erledigt. Damit ergibt sich für weite Teile der Unterschichten erstmals die Möglichkeit an Wahlen teilzunehmen.

